

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6 Spalten, Colonelleiste für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des deutschen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schlag der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Die Arbeit — ein läuterndes Feuer.

„Die Staber Arbeit gleicht einem läuternden Feuer, worin jedes Gift verbrannt wird, und wo selbst aus dem dichtesten Rauche eine heilige Flamme emporsteigt.“

(Charles.)

Wenn wir mit Bewußtsein leben, so bringen wir täglich weiter vor in die dunkeln Tiefen unseres eigenen Innern und in die geheimnisvollen Dräfte des Lebens. Je schärfer und unerbittlicher unsere Selbst- und Weltbetrachtung, um so gewisser wird die Einsicht, daß das Leben kein schöner Traum ist, sondern ernste, bittere Wirklichkeit. Die narbigen Stellen unseres Innern, die Krankheiten, die am edelsten Marke der Menschheit gehoren, wachsen an Ausdehnung, je aufmerksamer wir sie ins Auge fassen. Das Gift verdunstet unglücklich, der Unzufriedenheit, der Neugier, der Wut durchdringt die Menschheit.

Ein einziges Heilmittel gegen dieses Gift wurde uns gegeben: die Arbeit. Zwar muß man sie zu meistern verstehen, wenn man ihre läuternde Kraft erfahren will. Schlafte, unruhige, halbe Arbeit verdrängt, daß auch sie vom Gifte der Trägheit durchdrungen ist; dann kann man Gesundheit und Lebensglück des Menschen zu Grunde tragen. Die Arbeit muß mit der ganzen inneren Kraft erfaßt werden, mit voller Teilnahme und reifloser Hingabe. Der Mensch muß in die heilige Stube der Arbeit getaucht sein. So wird das Gift der Unzufriedenheit über eine unberührte Kränzung, über eine Juchhabung über eine fehlgeschlagene Hoffnung aufgezogen. Im Feuer der Arbeit kann das Gift der Leidenschaft und der Sinnlichkeit keine Nahrung finden, es muß zurückweichen und die Seele wieder dem Frieden freigeben. Die giftigen Gedanken der Rachsucht, der Wut, der Eitelkeit können nicht aufkommen, wo die edelsten Kräfte sich in den Dienst der Arbeit gestellt haben.

Sollte der Berufsarbeit auch der glänzende Schimmer fehlen, sollte sie auch eingehüllt sein in dichten Rauch, so daß sie sich den Augen und der Anerkennung der Menge entzieht, so schlägt doch bei der ständigen Arbeit im Innern eine heilige, heilige Flamme stiller Zufriedenheit empor, die zugleich den Geist zu der Eintracht erhebt, daß das Leben doch wert ist, gelebt zu werden, und daß jeder aus eigener Kraft das „Gut“ überwinden und sich zur vollen Lebensgenuss durchringen kann.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Es ist eine sich immer wiederholende Erscheinung, daß im Frühjahr eine Belebung des Geschäftsganges und damit vermehrte Aufnahme von Arbeitskräften durch die Industrie bringt. Daran liegt an und für sich nichts Außergewöhnliches, denn der Wiederbeginn der Bautätigkeit allein vermag zahlreiche Arbeiter zu absorbieren. Schon im März dieses Jahres zeigte sich aber eine ungewöhnlich günstigem Entwicklung. Für die Metallindustrie ist das von uns so größerer Bedeutung, als wir das letzte Mal von einer ungünstigeren Gestaltung der Dinge berichten mußten. Für März 1911 haben 770 Arbeitsnachweise Berichte an das Reichsarbeitsblatt gelangt. Insgesamt lagern 370 000 Arbeitsgesuche für männliche Arbeiter vor, denen 236 000 offene Stellen gegenüberstehen, für weibliche Arbeiter waren 72 000 Gesuche da, denen 95 000 offene Stellen gegenüberstehen. Vermittlungen fanden im Ganzen 244 000 statt, davon entfielen auf männliche Arbeiter 194 000, auf weibliche 50 000. Gegenüber Februar 1911 zeigt sich eine Zunahme der Arbeitsgesuche um 37 000, der offenen Stellen um 47 000 und der vermittelten Stellen um 29 000. Auffallen muß vor allem die starke Vermehrung der angebotenen offenen Stellen. Auf 100 offene Stellen kamen nach diesen Zahlen 157 Arbeitsgesuche gegen 210 im Februar 1911 und 182 im März 1910 für männliche Arbeiter. Für weibliche Personen kommt auf 100 offene Stellen 76 Gesuche gegen 81 im Vormonat und 84 im März 1910.

Das Gesamtbild ist also ein außerordentlich günstiges. Dieser Eindruck wird noch bestärkt, wenn wir den Arbeitsmarkt in unserer Industrie allein betrachten. Da kamen im März auf 100 offene Stellen 212 Gesuche gegen 254 im Februar (!) und 230 im März 1910. Auch für weibliche Arbeiter hat sich die Lage, wenn auch nur um ein geringes, gebessert, aber nur gegen den Vormonat dieses Jahres, gegen den März 1910 hat sich die Lage verschlechtert. Auf 100 offene Stellen kamen im März d. Js. 138 Gesuche gegen 139 im Februar 1911, im März 1910 dagegen betrug die Zahl 136. Diese geringe Zunahme ist ein durchaus günstiges Zeichen. Je besser die Konjunktur, um so mehr qualifizierte leistungsfähige Arbeitskräfte werden verwendet. Da die Arbeit der Frauen im allgemeinen billiger ist als die der Männer, so dürfen wir ihren relativen Mangel als einen jüngerer Beweis steigender Konjunktur betrachten.

Die Zahl der Vermittlungen für Metallarbeiter betrug im März 818. Auf 100 offene Stellen kamen 366 Arbeitsgesuche gegen 446 im Februar. Auch für die übrigen Sparten wie Bauhandwerker, Schmiede, Blechmacher, Maschinenbau etc. ist das Verhältnis ein durchaus günstiges. Die Zahl der Arbeitsgesuche für Metallarbeiter belief sich insgesamt auf 4056, die der offenen Stellen auf 1112. Im Februar betrugen die Arbeitsgesuche 4139, die offenen Stellen dagegen nur 927 und die Vermittlungen 726. Obgleich also 84 Gesuche mehr vorlagen, wurden 92 weniger vermittelt.

Während sich in Deutschland auf fast allen Gebieten des Wirtschaftslebens eine Aufwärtsbewegung geltend macht, die vor allem auch auf den Geldmarkt ihre Wirkung ausübt, lauten die Nachrichten vom amerikanischen Wirtschaftsleben sehr unglücklich. Darüber kann kein Zweifel sein, daß hier bei der vor drei, vier Monaten eintretenden Besserung eine Pause künstlich gemacht wurde, die jetzt zusammenbricht. In der Börse herrscht starke Verstimmung. Die Interessenten, insbesondere der Stahlruß, haben sich verjüngt, die Lage der Metallindustrie als außerordentlich günstig hinzustellen. Nun hat der Quartalsbericht des Stahlrußes auch dieses Kartenhaus umgeworfen. Der Gewinn belief sich im 1. Quartal auf 23,519 Millionen Dollar gegen 25,991 Millionen im 4. Quartal 1910. Im 1. Quartal des Jahres 1910 hatte der Gewinn 37,616 Millionen Dollar betragen. Die Ueberstände der einzelnen Monate bleiben sehr beträchtlich hinter denen des 4. Quartals 1910 zurück. Obgleich man auf eine ungünstige Bilanz gefaßt war, so hat doch dieses Resultat, das gegen alle Erwartungen schlecht ausgefallen ist, starke Erregung hervorgerufen. Jetzt zeigt es sich, daß die Eisenbahnen infolge der Tarifsenkung durch stark zurückgefallen haben. Nach den Berichten des Iron Age ist das Geschäft im April außerordentlich flau. Nur 63% seiner Leistungsfähigkeit kann der Stahlruß ausnutzen! Die Eisenpreise hatten sich noch auf der früheren Höhe, doch erwartet man allgemein einen Rückgang, da die Erzeugnisse gestiegen sind. Infolge dieser Erwartung ist die Nachfrage sowohl nach Hoheisen als auch nach Stahl sehr schwach.

Die Syndizierung der italienischen Eisenindustrie, von deren Plan wir schon vor 4 Monaten berichteten, ist nunmehr zur Tatsache geworden. Die Werke in Italien sind stark verschuldet, die Abschreibungen, die sie, um hohe Dividenden bezahlen zu können, in ganz geringem Umfang vorgenommen haben, waren vollständig ungenügend. Nunmehr hat ein Kartellkonjunkt dem neuen Verbande unter Führung der Staatsbank (!) die nötigen Mittel zur Sanierung gegeben. Die Notenbanken sind mit 14 Millionen, die Sparbanken mit 16 Millionen Mark beteiligt usw. Die Verbindung der Werke ist eine sehr innige. Der Verband, dem alle bedeutenden Hütten- und Stahlwerke angehören, verteilt die Aufträge an die angeschlossenen Mitglieder; die Gewinne werden ebenfalls zusammengevoßen, um nach einem bestimmten Modus verteilt zu werden. Wir haben es hier mit einem trustähnlichen Gebilde zu tun, das wohl geeignet ist, die Lage zu verbessern, besonders wenn man bedenkt, daß die Banken — was ja selbstverständlich ist — sich die weitgehendste Aufsicht über die Geschäftsabwicklung vorbehalten haben.

Am 26. April hat der Deutsche Stahlwerksverband eine Hauptversammlung in Düsseldorf abgehalten. Bekanntlich läuft die Zeit des Überganges 1912 ab; die Vorarbeiten, die zu seiner Verlängerung führen sollen, sind lebhaft im Gange, gestalten sich aber keineswegs einfach. Die Röhringen Eisen- und Stahlwerke in Böhmen hatten einen Antrag auf Erhöhung der Beteiligungsquote an Stabeisen um 10% gestellt. Der Antrag wurde mit der guten Aufnahmefähigkeit des Stabeisenmarktes begründet, der ja nach Auflösung der Stabeisenkonvention eine überraschende Festigkeit gezeigt hat und noch zeigt. Die Böhmlingen Eisenwerke waren bis jetzt mit 118 936 T. Stabeisen beteiligt. Es ist kaum zweifelhaft, daß die anderen beteiligten Werke ebenfalls die gleiche Erhöhung für sich in Anspruch genommen hätten, wenn der Antrag durchgegangen wäre. Damit wären 349 400 T. mehr Stabeisen auf den Markt gekommen, und es ist doch sehr fraglich, ob eine Verbenkung dieses Quantums ohne Preisnachlässe möglich gewesen wäre. Aug. Thissen u. Co. hatte einen Antrag auf zehnprozentige Erhöhung seiner Beteiligung an Röhren eingebracht. Diese betrug bis jetzt 92 400 T. Beide Anträge wurden zurückgezogen, wohl in Anbetracht der Schwermut, die sie den sonstigen nicht lebhaften Verhandlungen bereitet hätten. Veränderungen in der Beteiligungsziffer sind aber doch eingetreten. Der Eisenhütten- und Aktienverein Lübelingen, von dem weiter unten noch die Rede sein wird, erreichte eine Erhöhung seiner Beteiligungsziffer an Stabeisen um 30 000 T., die aber an der Halbzeug geführt werden. Die Beteiligung an Stabeisen beträgt nunmehr 56 000 T., die an Halbzeug 103 377 T. Die Lage in der Eisenindustrie erfuhr eine durchaus günstige Beurteilung. Der Auslandsmarkt in Salzwedding war befriedigend.

Der Absatz an Oberbaumaterial ist sowohl im In- als auch im Ausland sehr glänzend. Das Gleiche gilt für Rillen- und Grubenschienen. Besonders in letzteren laufen zahlreiche Aufträge von Ober- und Mittel- und unterirdischen Bahnen ein. Die Bautätigkeit hat sich überall lebhaft eingestellt, dem entsprechend ist der Absatz in Form von Eisenstücken. Weniger zuverlässig laufen die Nachrichten vom Hoheisenmarkt, der ruhig liegt, was zu Befürchtungen aber keinen Anlaß gibt, da sich die meisten Werke bis gegen Jahresabschluss eingeblick haben. Auf dem Röhrenmarkt hat sich in der Berichtszeit nichts geändert. Wie die Röhrenwerke der Westküste, die bis zur Bismarckhütte gehörende Falwahütte den Betrieb im Röhrenwalzwerk eingestellt. Auch die Siegrheiner Hüttenwerke, die in den letzten Jahren ihren Röhrenwalzwerk beschlossene hatten, sollen die Einstellung ihrer Röhrenwalzwerke beschließen. Diese beiden Entscheidungen illustrieren die Lage am Röhrenmarkt, wo Ueberangebot bei durchaus ungenügenden Preisen herrscht. Die Drahtindustrie hat reichliche Beschäftigung, was sich aus der Belebung der Bautätigkeit erklärt. Die Maschinenindustrie ist im ganzen bestrebend mit Aufträgen versorgt, doch ist ein starkes Nachlassen des Exportes nach Amerika zu beobachten. In der Röhrenindustrie machen sich Bestrebungen zur festeren Syndizierung bemerkbar. Der jetzige nur ganz lose Verband ist bis 30. September geschlossen. Dem Wunsche nach einem festeren Zusammenhalt, den eine Gruppe hegt, treten große Widerstände einer anderen entgegen, die an der bisherigen Form festhalten möchten. Verhandlungen sind noch im Gange.

Wie schon das letztmal mitgeteilt, ist die heutige Zeit Fusionsbewegungen sehr geneigt. Die Vereinigungen, die Eisenwerk Kraft mit der Niederrheinischen Hütte zu vereinigen, erklären sich sehr einfach. Für den Handel von Dörmersand ist bei beiden Hauptaktionären, die Niederrheinische Hütte schuldet ihm 14 Millionen Mark, das ist das Doppelte ihres Aktienkapitals. Bei dem Geschäftstand dieses Werkes, das keine Dividende verteilt hat, hätte der Staat noch lange auf sein Geld warten können; das wird und kann er viel lieber erhalten, wenn ein gut rentierendes Werk, wie die Kraft Eisenwerke es sind, mit jenem vereinigt werden. Das Eisenwerk Kraft hatte im vergangenen Jahre einen Reingewinn von 1 005 031 Mk., aus dem 12% Dividende verteilt wurden. Das Aktienkapital betrug bis jetzt 7 Millionen Mark, wurde nun aber durch Erweiterung der niederrheinischen Hütte um 11 Millionen, d. h. auf 18 Millionen Mark erhöht. Mag sein, daß die Verschmelzung auch für das Eisenwerk Kraft keine betriebswirtschaftlichen Vorteile hat — der feste Standpunkt im Westen ist jedenfalls nicht zu verachten — daß aber das erst angeführte Moment eine ausschlaggebende Bedeutung hätte, wird nur der behaupten, der die Technik der Aktiengesellschaften nicht kennt.

Eine Interessengemeinschaft unter ähnlichen äußeren Umständen ist zwischen der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft und der Drenstein und Rogge A. G. Berlin zustande gekommen. Die letztere hat bekanntlich im letzten Jahr mit Verlust abgeschlossen. Nunmehr war die Konkurrenz so freundschaftlich, bis zum Jahre 1914 mit der Maschinenbau-Gesellschaft einen Gemeinschaftsvertrag zu schließen. Dieser umfaßt ein gemeinsames Arbeitsprogramm, ferner betriebswirtschaftliche Fragen und endlich einen Arbeitsausgleich. Die Verwaltung der Maschinenbau-Gesellschaft hat ungewöhnlich große Fehler gemacht. Daß sie sich unter dem neuen Vertrag nicht aufgelöst, ist wahrscheinlich. Wie aber steht es nach Ablauf des Vertrags? Da würde die Konkurrenz, die doch genauer Einblick in die Geschäftsführung der Lübecker erhält, bald übermächtig sein. Doch das ist eine Sorge der Zukunft! Eine Fusion, deren wirtschaftliche Bedeutung nicht zu unterschätzen wäre, ist geplant in der Vereinigung der Barchamer, der Döbelinger und der Sieder Werke. Die drei Werke besitzen zusammen 17 Hochöfen!

Ein Vertrag, ähnlich dem Kruppischen mit der westfälischen Drahtindustrie ist vor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten A. G. in Bochum und den Kümmlinger und St. Ingberten Hochöfen und Stahlwerken in Kümmlingen in Aussicht genommen. Es soll ein Pachtvertrag mit Dividenden-Garantie auf 30 Jahre geschlossen werden, wobei der endliche Übergang der Kümmlinger Hochöfenwerke an Deutsch-Luxemburg vorgesehen ist. Auf die näheren Bestimmungen werden wir beim Abschluß des Vertrages noch eingehen. Vom sozialpolitischen Standpunkt aus ist diese ungeheure Konzentration nicht zu begründen, auch vom rein volkswirtschaftlichen sind große Gefahren nicht zu verkennen. Abgesehen von der Anammlung so gewaltiger Kapitalkräfte im Dienste der Industriegewaltigen wird die Konkurrenz so gut wie ausgeschlossen und diese Monopolstellung kann zu einer großen Gefahr für die Konsumenten im ganzen als auch für die Arbeiter im Besonderen werden. Die Freizügigkeit dieser ist dadurch aufs schwerste bedroht. Wie wird es dem Arbeiter möglich

sein, in einem anderen Werke Arbeit zu finden, wenn alle unter sich so eng verbunden sind? Da wird sich erst der Wert der Gewerkschaften zeigen, die allein in der Lage sein werden, die ungerechteste Entlassung zu verhindern. Gerade bei dieser Entwicklung wird es nötig sein, auch die Interessengemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu betonen, vielleicht mehr zu betonen, denn beide können sich wirtschaftlich ruinieren — und das bloß des Zukunftsstaates wegen zu tun, lobate sich wirklich nicht.

Ein roter „Rechenkünster“.

Unseren „Brüder“ von der roten Kontur scheint die Tatsache sehr unangenehm zu sein, daß der christliche Metallarbeiterverband im vorigen Jahre eine Steigerung der Mitgliederzahl um 41,50 Prozent zu verzeichnen hat, während der sozialdemokratische Metallarbeiterverband nur 25,18 Prozent zugenommen hat. Das darf unter keinen Umständen wahr sein und deshalb setzt sich ein mit viel Phantasie begabter Rechenkünster mit dem schönen Namen Spartacus, auf den Hosenboden und erzählt von dem Kasperltheater seines Großvaters. Als etwas anderes als eine Aufführung im Kasperltheater kann man auch die Rechenkunst nicht bezeichnen, mit denen der alte Spartaner den christlichen Metallarbeiterverband kaputt zu rechnen versucht. Es gelingt ihm nur nicht, wenn er sich auch im Schwelge des Angefichts bemüht, die Zahlen unserer Jahresabrechnung wie Papierfiguren im Kasperltheater seines Großvaters hin und her zu schieben.

Zunächst rechnet „Spartacus“ bei den Neuaufnahmen eine Differenz von 751 heraus, um daran die gewichtige Bemerkung zu knüpfen: „Ungenaue Feststellung und eine Differenz von fast 50 Prozent, dies ist doch etwas viel, oder zeigt von einer außergewöhnlich großen Schamlosigkeit in Bezug auf Requisition der Mitglieder und der Neuaufnahmen.“ Dumm. Bei 19075 Neuaufnahmen eine vermeintliche Differenz von 751 ist bei dem Rechenkünster eine Differenz von etwa 50 Prozent. Höher geht's nimmer. In Wirklichkeit wären es 3,76 Prozent. Wenn wir bei den Uebertritten und der Jugendklasse, bei denen kein Eintrittsgeld erhoben wird, mit derselben Gier jeden Fall zählen würden, wie es im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband geschieht, wo man mit jeder neuen Skala zählt, den man in diesen Fällen durch Terrorismus schälimmster Art erbeutete, dann würden wir auch mit schon fröhlichen Zahlen aufwarten. Dem roten Rechenkünster wäre dann aber auch jede Freude verborgen.

Dieses Beispiel gibt aber einen Maßstab, wozu der alte Spartaner in seinem Kasperltheater noch weiter fähig ist. Seine Aufgabe ist es, den roten Kumpel vorzutragen, daß der christliche Metallarbeiterverband im vorigen Jahre nicht um 9961 Mitglieder zugenommen hat, sondern nur um 1794. Das beweist der Mann nach Taschenspielermanier, indem er die durchschnittliche Mitgliederzahl im Jahre 1910 — berechnet nach dem Mitgliederstand am 1. Januar, 1. April, 1. Juli, 1. Oktober und 1. Januar 1911 — als Mitgliederzahl an Jahresabschluss hinstellt, um damit den roten Metallarbeiterverband als den siegreichen Kasperl aus der Komödie hervorgehen zu lassen.

Solchen unehrlichen Taschenspielertricks gegenüber kann man nur den Spieß umkehren, wie wir es schon der sozialdemokratischen Wortmünder Arbeiterzeitung gegenüber getan haben, worüber der alte Spartaner in der Metallarbeiterzeitung natürlich in gut gespielter moralische Entrüstung gerät. Rechnen wir nach derselben Methode, wie sie der rote Rechenkünster uns gegenüber angewendet, die Mitgliederzahl des sozialdemokratischen deutschen Metallarbeiterverbandes nach, so ergibt sich folgendes Bild:

verkaufte Marken	bei 48 Beiträgen pro Kopf
1 60 Hg.	19 172 785
1 25 "	513 567
1 25 "	960 227
1 10 "	87 673
Zusammen	20 734 252 Stk. = 431 963 Mitglieder.

Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband gibt aber in seiner Jahresabrechnung 464 016 Mitglieder an. Nach seiner eigenen und gegenüber angewandten Rechenmethode hätte er also im vorigen Jahre 32 053 Mitglieder bezugsgewinnnet. Doch das mag er mit seinem alten Spartaner selbst ausmachen.

Wollten wir in derselben unehrlichen Manier wie der Rechenkünster der Metallarbeiterzeitung unseren Kollegen eine Vorstellung im Kasperltheater vorführen, dann könnten wir ja an der Hand der Abrechnung des deutschen Metallarbeiterverbandes folgendes Rechenexempel machen. Die Einnahmen aus Beiträgen mußten im deutschen Metallarbeiterverband betragen:

bei 426 989 Mitgliedern mit 48 Beitr. à 60 Hg.	RM. 12 297 283,20
bei 23 672 weibl. "	48 " à 25 " "
bei 13 355 jugdl. "	48 " à 25 " "
Zus. 464 016 Mitglieder	RM. 12 741 607,20

Nach seiner Abrechnung betragen die Einnahmen aus Beiträgen aber nur 11 880 883,80 RM. Das sind 660 720,40 Mark weniger, wie vorstehende Rechnung zeigt. Vielleicht weiß der rote Rechenkünster, ob der deutsche Metallarbeiterverband diese 660 720 RM. in Aktien des sozialdemokratischen Zukunftsstaates angelegt hat. So könnten auch wir mit der Abrechnung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in der Manier des alten Spartaners noch mehr Rechenexempel machen. Wir haben aber schon mit dem einen Beispiel die ganze Hausnummer des roten Rechenkünsters gekennzeichnet. Wenn man mit solchen Rechenkünsten den christlichen Metallarbeiterverband vorrechnen will, dann wollen wir den Mann mit seinem Kasperltheater nicht weiter hören. Wir bedauern nur die 480 000 Leser der Metallarbeiterzeitung, denen man solche Komödien eines Kasperltheaters im Geist vorführen kann.

Daß im christlichen Metallarbeiterverband im vorigen Jahre nur 43 Beiträge pro Kopf im Durchschnitt geleistet wurden, gibt dem roten Rechenkünster noch lange nicht das Recht, sich uns gegenüber auf's hohe Kop zu setzen. Als alter Spartaner wird er wissen, daß die Zeit noch gar nicht so weit zurückliegt, wo der deutsche Metallarbeiterverband edelmütig mit einer durchschnittlichen

Beitragsleistung von 43 Beiträgen pro Jahr und Mitglied rechnete, wie wir.

Wir haben auf's Geratewohl nur die Abrechnung des deutschen Metallarbeiterverbandes vom Jahre 1902 einer Prüfung unterzogen und folgendes festgestellt. Zur Ende 1901 gibt der deutsche Metallarbeiterverband 102 905 Mitglieder an, für Ende 1902 128 842 Mitglieder, ergab im Durchschnitt 115 873. Als verkauft werden berechnet 4 872 141 Beiträge à 30 Hg. und 135 524 à 10 Hg., ergibt zusammen 5007 665 Beiträge : 115 873 Mitglieder = 43,1 Beiträge im Jahresdurchschnitt. Damals zahlte der deutsche Metallarbeiterverband auch schon Arbeitslosenunterstützung, er befand sich im 12. Jahre seines Bestehens und brachte es trotz seiner Großsprecheri nur auf 43 Beiträge im Jahresdurchschnitt. Wollten wir die Rechenmethode des roten Rechenkünsters auf die Abrechnung des deutschen Metallarbeiterverbandes von 1902 anwenden, dann hätte er im Jahre 1902 nicht um 25 937 Mitglieder zugenommen, wie er proklamierend anpöbelt, sondern nur 1 424 und somit nach der Wirklichkeits eigenen Rechenkünsters 24 513 bezugsgewinnnet. Oder er hat bei 128 842 Mitgliedern im Jahre 1902 nur 38,9 Beiträge pro Mitglied im Jahr. Damit haben wir nachgewiesen, daß es beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband im 12. Jahre seines Bestehens nicht besser aussah, als wie es im christlichen Metallarbeiterverband im 11. Jahre seines Bestehens aussieht. Unsere Kollegen werden aber ihr möglichstes leisten, damit es auch nach dieser Richtung besser wird.

Den letzten Akt seines Kasperltheaters hat der rote Rechenkünster aber vorzuführen beabsichtigt, um seine kindlich-gläubigen Zuschauer nicht kopschaden zu machen. Er rechnet nämlich seinen Gläubigen nicht vor, was mit den 5 Beiträgen, die sie im vorigen Jahre mehr bezahlt haben, als die christlichen Metallarbeiter, für sie denn auch mehr erreicht worden ist. Wenn man diese Frage aufwirft, dann wird die ganze Komödie für die Mitglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes zu einem Trauerspiel. Wir wollen nur kurz erwähnen, wo die roten Metallarbeiter für eine schandliche Niederlage und zur höheren Ehre einer gewissenlosen Taktik ihrer Führer über eine halbe Million Mark opfern mußten. Der „große Sieg“ in Chemnitz, den die Streikenden jetzt wieder erfochten haben, hat mit Vorsatzem zweifelt viel Ähnlichkeit. Dafür zahlten die roten Metallarbeiter im vorigen Jahre 5 Beiträge mehr, wie die christlichen Metallarbeiter. Das dürfen die Leser der Metallarbeiterzeitung nicht erfahren, dafür läßt man Rechenkünster aufmarschieren, die in Taschenspielermanier den christlichen Metallarbeiterverband vom Erbthron wegreäumen. Es gibt in jenem Lager Dumme genug, die solches Gaukelspiel für bare Münze hinhimmeln. Dieses kampflose Demüthen, den christlichen Metallarbeiterverband hinweg zu disputieren, jetzt, wie sehr man in letzter Zeit die Konkurrenz der christlichen Metallarbeiter überall fühlt. Deshalb das heilige Bemühen des alten Spartaners, uns hinweg zu rechnen. Wir sind aber da und unsere Kollegen werden in diesem Jahre erst recht mit gesteigertem Mut und Begeisterung an der weiteren Ausbreitung unseres Verbandes arbeiten.

Zum Schluß müssen wir den roten Rechenkünster noch fragen, warum er nicht auch die Vermögensverhältnisse des christlichen Metallarbeiterverbandes zu einem Rechenexempel herangezogen hat? Weil dann der sozialdemokratische Metallarbeiterverband der Blamierte gewesen wäre. Beim christlichen Metallarbeiterverband ein Vermögen von 28,40 Mark pro Mitglied in der Hauptkasse, beim deutschen Metallarbeiterverband nur 8,86 Mark. Das illustriert mehr wie alles andere die Ohnmacht der roten Metallarbeiterorganisationen. Trotz höheren Beitragsdurchschnitts und größerer Mitgliederzahl ein klägliches Resultat. Deshalb muß man seinen Anhängern schon ab und zu eine Vorstellung im Kasperltheater geben, um sie über die reale Wirklichkeit hinwegzutäuschen, just wie es der Großvater des „Spartaners“ mit den Kindern gemacht hat. Wir haben den Vorschlag des Kasperltheaters einmal aufgezogen, damit jeder das Gaukelspiel auf jener Seite erkennen kann. Unsere Kollegen werden die richtige Kundanwendung daraus zu ziehen wissen.

Das Verjahren nach der Reichsversicherungsordnung

Die Lügen, die gegenwärtig seitens der Sozialdemokratie in schamlos frecher Weise über die Beschlüsse der Kommission zur Berechtigung der Reichsversicherungsordnung verbreitet werden, wachsen zu Bergen an. Es ist schlechterdings unmöglich, alle die von den „Genossen“ bisher aufgestellten falschen Behauptungen und Verdrehungen in der Frage der Arbeiterversicherung richtig zu stellen. Das wissen sie auch ganz genau, und darum lügen sie auch um so kräftiger drauflos nach dem Grundjatz: Es bleibt doch immer etwas hängen! Hauptgegenstand der von den „Genossen“ betriebenen Schwindereien sind die Bestimmungen über das von der Kommission beschlossene Verjahren. Trotzdem der Reichstagsabgeordnete Kollege Beder in der Versicherungskommission in einer Polemik gegen den sozialdemokratischen Abg. Schmidt-Berlin erkläre konnte, daß auch sozialdemokratische, mit der Materie sehr vertraute Persönlichkeiten das jetzt beschlossene Verjahren, auch in Unfällen, als besser wie das bisher geltende anerkannt hätten, behauptet die sozialdemokratische Presse („Sonnenschein“ 97, 1. Beilage) fröhlichweg: das Verjahren in Unfällen sei gegenüber dem bisherigen Rechtszustande ganz erheblich verschlechtert. Wie liegt die Sache?

Nach dem bisherigen Rechte kam der unfallverletzte Arbeiter in der Regel erst zu Worte in dem Prozeßverfahren vor dem Schiedsgericht, das Vorhergehende machte alles die Gegenpartei, die Berufsgenossenschaft. Sie hörte Zeugen und Sachverständige, benutzte als ärztliche Gutachter in der Regel nur ärztliche Autoritäten (Ärztler von Kliniken, Krankenhäusern usw.), vor allem aber auch die Kreisärzte. Diesen ärztlichen Gutachten gegenüber wußte der Verletzte in der Regel, wenigstens sehr oft, kein Gutachten von einem anderen Arzt zu bekommen, teils weil man sich scheute, dem Kreisärzte gegenüber sich anders auszusprechen, teils auch, weil man es mit den Berufsgenossenschaften nicht verderben wollte u. s. w.

Die genannten Klagen der Verletzten, daß ihnen vor der endgültigen Festsetzung der Rente durch die Berufsgenossenschaft zu wenig Gelegenheit gegeben sei, durch schriftliche Gutachten zu Wort zu kommen, sind auch sehr oft kein ärztliches Gutachten erhalten können, waren allenfalls durch einen Sozialdemokraten zur Sprache bekannt

Schon 1907 sagte deshalb der obengenannte Abgeordnete in der Antwort auf eine Rebe des früheren Staatssekretärs Grafen Pofabowsky im Reichstage, daß er vollständig mit ihm in der Auffassung übereinstimme, das Wichtigste bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung sei, ein unparteiisches Organ zu schaffen, bei welchem der Rentenbewerber vor Festsetzung der Rente durch die Berufsgenossenschaft seine Ansprüche gegen diese geltend machen könne. Dann sei die Frage sehr diskutabel, durch eine Kürzung des Rechtsmittelverfahrens am Reichsversicherungsamte (das ist der Rekurs) auf eine Entlastung des überbürdeten Reichsversicherungsamtes als höchste rechtsprechende Instanz hinzuwirken.

Und der sozialdemokratische Abgeordnete Hoch, der augenblickliche Inspirator der „roten“ Presse, der dieser Rebe des Abgeordneten Beder zum Etat des Reichsversicherungsamtes an der Kampe des Rednerpultes sehr aufmerksam zuhörte, sprach seine Zustimmung zu diesen Ausführungen durch mehrmaliges Kopfnicken aus. Er war also auch der Ansicht, daß einer Beschneidung des Rekurses des Verletzten eine Einrichtung vorausgehen müsse, die den verletzten Mißstand beseitige, daß der Rentenbewerber vor der Festsetzung der Rente durch die Berufsgenossenschaft seine Rechte nicht mit genügendem Nachdruck wahrnehmen könne.

Nach der Neuordnung des Verfahrens durch die Reichsversicherungsordnung muß der Unternehmer, wie bisher, den Unfall bei der Polizeibehörde und der Berufsgenossenschaft anmelden, und die örtliche Polizeibehörde ihn dann, ebenfalls wie bisher, untersuchen. Auf Beschluß der Versicherungskommission des Reichstages müssen auf Antrag des Verletzten zu dieser Untersuchung Sachverständige zugezogen werden. Der Verletzte oder seine Hinterbliebenen können sich bei der Untersuchung beteiligen oder vertreten lassen. Die Polizeibehörde sendet nach Abschluß der Untersuchungsverhandlungen die Protokolle an die Berufsgenossenschaft; die Beteiligten können davon Abschriften verlangen. Diese hat dann die Rente festzusetzen und durch Bescheid dem Verletzten mitzuteilen, ob und wieviel Rente sie ihm gewähren will. Kann die Berufsgenossenschaft bei Beginn der Entschädigungspflicht die Höhe der Entschädigung noch nicht durch Bescheid feststellen, so hat sie dem Verletzten einen Vorschlag auf die Entschädigung zu gewähren und es ihm durch Schreiben mitzuteilen. Davon sagt die sozialdemokratische Presse nichts. Sie stellt es im Gegenteil so dar, als ob die Berufsgenossenschaft kummert um den Verletzten bis zur Unendlichkeit hinzuziehen könne. Gegen den Rentenfestsetzungsbescheid der Berufsgenossenschaft kann der Rentenbewerber Einspruch bei der Berufsgenossenschaft, bei dem Verletzten aber einer anderen inländischen Behörde erheben; tut er es nicht, wird der Bescheid rechtskräftig. In dem Bescheid ist die Frist für die Erhebung des Einspruchs anzugeben, sowie die aus dem Einspruch sich ergebenden Berechtigungen des Verletzten. Diese bestehen in nachstehendem:

„Der Verletzte kann verlangen, daß er von dem Versicherungsamte übernommen wird, in dessen Bezirk er zur Zeit der Vernehmung wohnt oder beschäftigt ist. Der Verletzte ist zur Verhandlung seines Einspruches vor dem Versicherungsamte von diesem vorzuladen. Erscheint er, so wird über seine Ausführungen eine Niederschrift aufgenommen. Hierbei hat die zur Vernehmung berufene Stelle (Versicherungsamt usw.) auf möglichst genauer und vollständiger Ausführung der für die Feststellung erheblichen Tatsache und auf Angabe von Beweismitteln hinzuwirken.“

Ist nicht schon durch den Versicherungsträger ein Arzt gehört worden, dem der Verletzte nach eigener Wahl seine Behandlung übertragen hat, so hat das Versicherungsamt auf den bei der Vernehmung zu stellenden Antrag des Verletzten das Gutachten eines bisher noch nicht gehörten Arztes einzuholen, wenn das Gutachten nach Ansicht des Versicherungsamtes für die Entscheidung von Bedeutung sein kann. Sphnt der vom Versicherungsamt um sein Gutachten ersuchte Arzt die Erstattung des Gutachtens ab, so entscheidet das Versicherungsamt, ob und von welchem andern Arzte ein Gutachten einzuholen ist.

Auf Verlangen des Berechtigten ist in allen Fällen, wenn er die Kosten im voraus entrichtet, ein von ihm bestimmter Arzt als Gutachter zu vernehmen. Lassen sich diese Kosten im voraus nicht bestimmen, so kann das Versicherungsamt einen Pauschbetrag zur Sicherheitsleistung für diese Kosten fordern.

Ist bei der endgültigen Festsetzung auf Grund des neuen Gutachtens eine Rente, die im Bescheid abgewiesen war, gewährt, oder die im Bescheid festgestellte Teilrente erhöht worden, so sind dem Berechtigten die Kosten zu erstatten, soweit es angeht. Bei Streit über die Erstattung entscheidet auf Beschwerde das Oberversicherungsamt endgültig.

Die Verhandlungen vor dem Versicherungsamte sind von diesem mit den Gutachten usw. unverzüglich der Berufsgenossenschaft abzugeben. Diese hat dann die Rente endgültig festzustellen, und sie dem Verletzten durch einen neuen Bescheid mitzuteilen, welcher am Oberversicherungsamte (bisher Schiedsgericht für Arbeiterversicherung) von dem Verletzten angefochten werden kann.“

- Zu dieser Rentenfestsetzung ist noch folgendes zu bemerken:

 1. Die Berufsgenossenschaft kann, wenn ihr der Zustand des Verletzten noch nicht derart erscheint (das Selbstverjahren noch im Gange ist), daß sie glaubt, eine Rente für längere Zeit festsetzen zu können, eine sogenannte „vorläufige Rente“ festsetzen.
 2. Nach Ablauf von 2 Jahren jedoch muß sie eine sogenannte „Dauerrente“ durch neuen Bescheid festsetzen.
 3. Diese „Dauerrente“ ist aber nicht derart zu verstehen, als wenn sie niemals mehr herabgesetzt oder erhöht werden könnte.

Handelt es sich um eine vorläufige Rente um eine sogenannte Dauerrente, dann kann das Versicherungsamt auch ein Gutachten erstatten. Es kann hierzu Ermittlungen anstellen, soweit die Beweismittel bereit oder leicht zu beschaffen sind und erhebliche Kosten nicht entstehen. Handelt es sich jedoch um eine neue Festsetzung der Rente nach gegebener Dauerrente, dann muß das Versicherungsamt ein Gutachten erstatten, und zwar unter Zugiehung von je einem Vertreter der Arbeitgeber und der Verletzten, die von den Krankenkassenvorständen gewählt sind. Es ist vor dieser Körperchaft unzulässig zu verhandeln. Dieses Gutachten des Versicherungsamtes hat sich über alles auszusprechen, was nach Ansicht des Versicherungsamtes für die Entscheidung des Versicherungsamtes (Berufsgenossenschaft) von Bedeutung ist. Versteht das Gutachten nicht auf der Uebereinstimmung der Vorstehenden des Versicherungsamtes und der Versicherungsreferent, so sind die abweichenden Meinungen zu vermerken. Dem Rentenbewerber ist von dem Gutachten des Verjahren

rungsamts auf Antrag kostenlos Abschrift zu erteilen. Ferner sind ihm auf Antrag Abschriften der Niederschriften über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen sowie der ärztlichen Gutachten zu erteilen.

Grundätzlich ist zu bemerken, daß jeder Rentenbeschwerde nach den Verhandlungen am Versicherungsamt durch Berufung am Oberversicherungsamt angefochten werden kann. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer am Oberversicherungsamt werden von den Beisitzern am Versicherungsamt gewählt, und zwar wählen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur die Beisitzer aus ihrem Stand. Es ist also bewirkte Fällung, wenn der „Vorwärts“ sagt: Die „Verschlechterung“ der Selbstverwaltung in den Krankenkassen wirkte auch auf die Instanzen der Verschlechterung. Denn die sogenannte „Verschlechterung“ in der Selbstverwaltung der Krankenkassen besteht doch nur darin, daß die sozialdemokratischen Krankenkassenvorstandsmitglieder nicht mehr selbstherrlich jeden beliebigen Sozialdemokraten zum Kassenbeamten machen können. Der Vorstand der Krankenkasse, der die Wahlen zum Versicherungsamt ausübt, ist genau so zusammengesetzt, nach den Beschlüssen der Kommission, wie es bisher der Fall war. Der Kassenbeamte ist nicht der Kassenvorstand, der zu wählen hat. — Das Oberversicherungsamt, das an Stelle des Schiedsgerichts tritt, und genau so zusammengesetzt ist, wie dieses, ist insoweit gegen die Schiedsgerichte vervollkommen, als nicht mehr, wie bisher, an den Schiedsgerichten meist ein junger Assessor den Vorsitz führen wird.

Und nun zu der in der Kommissionsfassung enthaltenen Einschränkung des Rekurses am Reichsversicherungsamt. Der Rekurs bleibt nur bestehen für jene Fälle, in denen es sich 1. um die Frage handelt, ob ein Betriebsunfall vorliegt oder nicht, und 2. wenn eine Dauerrente bewilligt wird.

Es ist unehelich, in dieser Forderung ohne weiteres eine „Verschlechterung“ des bisherigen Zustandes zu sehen. Die alljährlich am Reichsversicherungsamt einkommenden Rekursachen blieben durchschnittlich ein ganzes Jahr liegen, ehe sie zur Verhandlung kommen konnten, weil ihre Zahl mittlerweile ganz gewaltig angewachsen ist. Für diese Einschränkung des Rekurses aber ist das oben geschilderte Einspruchsverfahren an den Versicherungsamt gegeben worden. Das Versicherungsamt fällt zwar kein Urteil; sein Gutachten aber ist in seiner Wirkung einem Urteil vollkommen gleich zu werten. Spricht es sich nämlich anders aus, wie die Berufsgenossenschaft es in ihrem Bescheid getan hat, dann wird in den seltensten Fällen die Berufsgenossenschaft in ihrem zweiten, berufungsfähigen Bescheid von dem Gutachten des Versicherungsamts abweichen können. Denn sie muß gewärtig sein, daß in 99 von 100 Fällen das Oberversicherungsamt in dem Rekursverfahren sich dem Gutachten des Versicherungsamts, einer unparteiischen Behörde, anschließen möchte. Es ist ferner zu beachten, daß das Versicherungsamt auf Antrag des Versicherten unter allen Umständen einen von dem Versicherten benannten Arzt hören muß, wenn der Versicherte die Kosten zahlt. Ein solcher Arzt, der vom Versicherungsamt gehört ist, wirkt mit seinem Gutachten ganz anders, als wenn der Versicherte selbst ein ärztliches Gutachten beibringt, und so ist denn endlich die bestmögliche Tatsache beseitigt, daß der Versicherte in Streitfällen mit der Berufsgenossenschaft selten ein Gutachten, das er dem des Berufsgenossenschaftsarztes entgegenstellen kann, bekommen kann. Er steht der Berufsgenossenschaft viel mächtiger gegenüber, als es bis jetzt der Fall ist, und das ist in den allermeisten Fällen für ihn von viel größerem Wert, als wenn der Rekurs in vollkommener Weise beibehalten worden wäre.

Nun kann man noch die Frage aufwerfen, warum man nicht trotz dieses Verfahrens am Versicherungsamt den Rekurs nicht auch noch vollständig beibehalten habe, nach dem Grundsatz: Doppelt genährt hält besser. Darauf ist zu bemerken, daß:

1. Die Reichsregierung dieses Einspruchsverfahren am Versicherungsamt mit dem ärztlichen Gutachten nur dann bewilligen wollte, wenn der Rekurs am Reichsversicherungsamt erheblich beschränkt würde. Wenn nun der Praktiker zu wählen hat zwischen dem bisherigen Verfahren und dem von der Kommission beschlossenen, dann zieht er das letztere vor.

2. Urteil des Reichsversicherungsamt in jenen Fällen, wo es sich um die Herabsetzung der Rente oder um Verrückung der kleinen Renten handelt, läuft nicht mehr so wohlwollend für die Versicherten wie früher. Das ist in letzter Zeit von verschiedenen Seiten her wiederholt festgestellt worden. Es ist auch interessant, daß gerade die Berufsgenossenschaften sich am schärfsten gegen die Einschränkung des Rekursrechtes ausgesprochen haben, z. B. die Schmiedeverbände, die deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften neuerdings in Eingaben an den Reichstag. Die Berufsgenossenschaften fürchten, daß die Urteile manch wohlwollenden Oberversicherungsamts zugunsten der Versicherten, in Zukunft vom Reichsversicherungsamt nicht mehr aufgehoben werden könnten, wegen Ausschluß des Rekurses. Das ist doch bezeichnend.

So ist denn die sozialdemokratische Behauptung, das Verfahren in Unfallversicherungsfällen sei durch die Beschlüsse der Versicherungs-Kommission „verschlechtert“ worden, wohl zur Genüge als Agitations-Märchen charakterisiert. Bemerkenswert wollen wir noch, daß in Invalidentenfällen die Revision gegen Urteile der Schiedsgerichte (Oberversicherungsamt) am Reichsversicherungsamt in bisheriger Umfang beibehalten worden ist, daß aber das Recht des Versicherten, ein ärztliches Gutachten vom Versicherungsamt eingeholt zu bekommen, dem bisherigen Verfahren in der Invalidentenversicherung noch hinzugefügt worden ist. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß in Zukunft auch Minderjährige über 16 Jahre Einspruch am Versicherungsamt erheben sowie den Klageweg am Oberversicherungs- und Reichsversicherungsamt beschreiten können. Sie können also nicht mehr durch säumige Vormünder oder gar die Eltern benachteiligt werden, weil sie selbst ihre Rechte wahrnehmen können, also prozeßfähig werden.

Blößen zum Ende des Kampfes in der Chemnitzer Metallindustrie.

III.

... Das war in Skottin, aber nun erst in Mannheim. Dort liegen die Verhältnisse noch trauer. Hat man in Skottin schon Diktatur geübt, so hat in Mannheim der Absolutismus seinen Gipfelpunkt erreicht.“ (Genosse) Dittmann auf der 9. Generalversammlung des sogb. Metallarbeiterverbandes. Protokoll S. 88.)

An demselben Mittwoch, den 26. April 1911, wo also Alexander Schilde das durch eine rote „Phrasendreschmaschine“

herausgeschworene Unheil glücklich abgewandt, waren auf vier Uhr nachmittags die übrigen im Kampfe stehenden Arbeiter zu einer „Aussprache“ in 6 Versammlungen eingeladen. War es in der Versammlung der Formier und Blechere Arbeiter mit Mühe und Not gelungen, die Arbeiter mit den bombastisch herausgeputzten „Zugeständnissen“ zu beschwichtigen und die feilschende „Rebellion“ zu majorisieren, so blieb den „Führern“ doch immerhin noch der unangenehme Teil der „Abwärgarbeit“ zu tun übrig. — Doch, die Not macht erfindlich! Und in der Not heißt es handeln. Die Not macht sich auch in solchen Situationen noch manche „Phrasendreschmaschine“ am Herjagen all der erlebten, schön klingenden, echt demokratischen Sprüche ergötzen, aber „Führer“ sollen weiter sehen, sagt Rebel. Und die sozialdemokratischen Führer entschieden sich aus Zweckmäßigkeitsgründen dafür, den „Unverständnis der Massen“ zu korrigieren nach den Grundsätzen des Absolutismus. Um 3 Uhr nachmittags, also eine Stunde vor Beginn der Aussprache, wurde der Arbeiterchaft einfach durch Extrablatt der „Führer“ — pardon „Volksstimme“ erklärt, daß der Streik beendet sei. Das demokratische Mitbestimmungsrecht der Mitglieder war so durch die „Oberdemokraten“ in seine Schranken verworfen und die gefährlichen Wogen des „demokratischen Massenwillens“, die man nicht zu glätten vermochte, weil das Del der „Zugeständnisse“ mittlerweile alle geworden, wurden nun bonnetiert und lobend an dem Felsen der gegebenen Tatsache — zerfressen.

Und die Stunde kam. Mit Argusaugen wurden die in die Versammlungslokale Eintretenden gemustert, auf daß nicht unberufene Augen und Ohren Zeuge all der kräckerlichen Auftritte seien, die da kommen sollten. Hatte sich trotzdem mal ein „Blauer“ eingefunden, so brüllte die ganze Gesellschaft „Hirsche und Christen raus!“ Und die „freien Ordner“ wankten mit einer Grazie und Virtuosität ihres Mittelstandes, daß die „geprüfene“ schneidige Moabitier Polizei darüber hätte vor Neid besten müssen. Wie konnten sich aber auch die „Blauen“ nur erheben, in einer so verunsicherten Situation durch ihre Anwesenheit die „Einigkeit“ der Genossen zu gefährden! Doch mit den Störenfriedern war man nun fertig — und der „brüderliche“ Spektakel ging los. Die „Gumpen“ und „Schuße“ schwirrten nur so durch den Saal. Den Höhepunkt der Brüderlichkeit erreichten die Genossen in der Schützenburg-Versammlung, wo sie sich den Redner vom Podium herunterlangten und ihn weidlich verprügelten. Nach dieser angenehmen Abwechslung ging es dann in gemächlicher Tempo weiter... Meigniert schweigt sich die rote „Volksstimme“ über diese Ausbrüche der „rothen Volkstete“ aus; sie sieht sich in der Rolle des göttlichen Janderberlehlungs: „Die ich tief, die Geister...“ und in dieser Katerstimmung langschwant und leidvoll steht sie sich und den zu ihrem Glück nie alle werdenden Inhabern einer unausrottbaren Eigenschaft etwas vor, „von einem großen und schönen Siege...“ und meint u. a.:

„Wir werden keinen Siegesgefang annehmen und die Unterwerfung nicht als einen zu Boden geworfenen Feind hinstellen. Was auch die bürgerlichen Verleumdungskünstler gesagt haben, die Bewegung der Formier und Blechere Arbeiter hatte sich nicht die Demütigung der Individualisten oder die Erreichung der letzten fernsten Ziele gewerkschaftlichen Kampfes zur Aufgabe gesetzt. Von vornherein verlangten die Arbeiter vielmehr nichts anderes, als endlich den ersten Schritt zu tun zur Einführung geregelter Lohn- und Arbeitsbedingungen, als endlich einmal die Freiheit des Arbeiters beim Abschluß des Arbeitsvertrages aus einer bloßen Phrase im Gesetzbuch zu einem Stück Wirklichkeit umzuschaffen. Dieses Ziel ist im vollen Umfange erreicht worden, und insofern dürfen wir bei aller Zurückhaltung, die nach dem Friedensschluß selbstverständlich ist, von einem großen und schönen Siege der Metallarbeiter und ihres Verbandes reden.“

Also, ein großer und schöner Sieg — und nach dem „Vorwärts“ fogar eine „Niederlage der Scharfmacher“ — und doch will die „Siegesgewohnte“ Volksstimme keinen „Siegesgefang“ annehmen. Da muß es doch wohl recht würdig stehen um „den ersten Schritt“ zur Einführung geregelter Lohn- und Arbeitsbedingungen, um das erzwungene „Stück Wirklichkeit“ vom freien Arbeitsvertrage, um den „großen und schönen Sieg der Metallarbeiter und ihres Verbandes“. Und wirklich, von den „Metallarbeitern“ im allgemeinen abgesehen, sind die Formier nicht einmal mit den ihnen mit der ganzen Kunst schönfärbischer Beredsamkeit aufgeschwemmten „Zugeständnissen“ zufrieden und versuchen in einer Anzahl von Betrieben erneut gegen diese Abmachungen mit den Unternehmern vorzugehen. Sie finden jetzt heraus, daß bei dieser Bewegung nicht nur eine „Phrasendreschmaschine“ in Aktion gewesen ist.

IV.

... anerkanntlich ist mir folgender Widerspruch. Am 22. Dezember erklärt der Vorstand den Kollegen, Ihr müßt das, was Euch die Direktion vorschreibt, als richtig annehmen, während er einige Tage vorher in einem Flugblatt wörtlich schreibt: „Diesen Herren gegenüber, die tagtäglich den brutalsten Terrorismus üben, denen ein mündlich oder schriftlich gegebenes Wort keinen Pfifferling wiegt“ usw.“

(„Genosse“ Bähl auf der 9. Generalversammlung des sogb. Metallarbeiterverbandes. Prot. S. 93.)

Dieser offen auffallende Widerspruch, der bei dem Kampfe auf den Streikwärteln in Mannheim in der Haltung der Führer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes zutage trat, ist auch das verderblichste Stigma der Chemnitzer Bewegung. Zunächst bemühte man sich mit Erfolg, die Lohnbewegung der Formier durch Ausfaltung der nichtsozialdemokratischen Organisationen in die Uniform einer einseitigen sozialdemokratischen Mache zu stecken; als dann die Unternehmern zur Aussperrung gingen und die Unternehmerpresse die Bewegung — nicht ohne Selbstschuld der Genossenschaft — vor der breiten Öffentlichkeit als sozialdemokratische Machtprobe verdächtigen konnte, da begannen die „starken“ Genossenschaftler mit der unheimlichen Politik des Fensterzerrens einzutreten. Da jetzte man ganz a la Mannheim aber den brutalen Terrorismus der Scharfmacher und die ganze sozialdemokratische „Phrasendreschmaschinerie“ trat zur moralischen Vernichtung des Scharfmacherturns in Aktion. Die Bewegung wurde nun zunächst einmal für die „Partei“ instemantisch ausgeklammert: die „Volksstimme“ sah ihren Weizen blähen und trieb Monnentenfing en-gros mit einem von tief aufgetragenen Schlagworten und Verleumdungen nur so fliegenden Flugblatt. Die „Führer“ der Bewegung taten das Menschenmöglichste, um den Glauben an die unbesiegbare Allmacht des „freien“ Metallarbeiterverbandes bei den Massen

zu befestigen — und nun das läche Ende. Ruffert hat und vertrauensvoll sind die Arbeiter den Großphrasen genötigt, aber die Führung hat sich, wie auch an andern Orten, als unfähig erwiesen. Jeder Arbeiter wird das bittere Gefühl derjenigen verstehen, die nun ohne jede Garantie einer Verbesserung der Zustände in die Betriebe geschickt wurden. Jeder denkende Arbeiter aber muß es obenrein noch als eine Verhöhnung empfinden, wenn die „Volksstimme“, die meist als fragwürdigen „Zugeständnisse“ an den „Forderungen“ zu messen magt, von einem großen und schönen Siege schwafelt und dann beschwichtigend meint:

„Wenn auf dieser Basis nicht einstimmig die Arbeiteraufnahme der Arbeit beschlossen worden ist, so lag das lediglich daran, daß viele Formier glaubten, man hätte aus der ungewöhnlich günstigen Streiklage noch mehr herausholen können. Aber sie vergaßen dabei die alte gute Regel, daß man dem Feinde, den man in einer Schlacht besiegt hat, goldene Brüden bauen und ihn nicht zum Verzweiflungskampfe auf Leben und Tod zwingen soll.“

Da ist doch wohl die Frage angebracht, wer denn wohl den Glauben an die „ungewöhnlich günstige Streiklage“ einerseits bei den Arbeitern genährt — und andererseits auch alles getan hat, um die Position der kämpfenden Arbeiter in der Öffentlichkeit durch eine recht radikale Rede zu verschlechtern. Und dann — „die alte gute Regel“ und die Chemnitzer „Volksstimme“! Da kommt man unwillkürlich auf den Gedanken, daß sie unter der „goldenen Brücke“ die von ihr und ihren Hintermännern ausgefüllten und „verlogen-goldenen“ „Zugeständnisse“ versteht — und der „besiegte“ Feind? — na, Schwamm drüber!

Zu bebauern bei der ganzen Komödie ist nur die Arbeiterchaft, die sich von den Führern einer an inneren Widersprüchen krankenden Bewegung zu diesem „Siege“ führen lassen mußte. Hoffentlich ist das Schlimmste, was sie bei dieser Gelegenheit zahlen mußte, kein vergebliches Opfer gewesen. Hoffentlich besitzt auch die Chemnitzer Arbeiterchaft noch gesunde Einsicht und Mäßigkeit genug, sich von dem Phrasenschwall der sozialdemokratischen Richtung, die die gewerkschaftliche Arbeit bis zur Unsichtbarkeit erschreckt, ausgeschlossen loszusagen. An unseren Kollegen in Chemnitz ist es nun, nach Kräften an der Vorbereitung dieser gesunden Einsicht unter ihren mächtigsten Kollegen mitzuwirken. In dem Maße, in dem das gelingt, wächst auch die Aussicht der Chemnitzer Arbeiterchaft auf positive gewerkschaftliche Erfolge!

Sozialdemokratische Machenschaften bei Gelegenheit der Maifeier in Flensburg.

Von der Fäulnis innerhalb der Sozialdemokratie zeugen so recht die Machenschaften gewisser Genossen in Flensburg bei der Vorbereitung der diesjährigen Maifeier. Am 22. April wurde den Arbeitern der Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft bekannt gemacht, daß abends 8 Uhr eine öffentliche Versammlung der Beschäftigten im hiesigen Hause stattfinden solle, in der Genosse Michelsen über die Bedeutung des 1. Mai sprechen werde. Die Werkdirektion hatte um dieselbe Zeit bereits am schwarzen Brett bekannt gegeben, daß die am 1. Mai feiernden als Streikende betrachtet und zeitweilig von der Arbeit ausgeschlossen würden. Und nun zur Versammlung. Auffallend war, daß kein Gewerkschaftsfunktionär dort anwesend war; wenigstens hat keiner dieser Herren dort einen Laut von sich gegeben. Gleich beim Eintreten wurden die Arbeiter durch Ausschützung eines Stimmzettels übertrumpft, trotzdem von einer Abstimmung auf der bekannt gegebenen Tagesordnung gar nicht die Rede war. Der Zweck dieser seltsamen Machination ist klar: Das Gros der Flensburger Arbeiter ist gegen die Maifeier — und diese Gegner hielt man durch diese ungeschickliche Tagesordnung von der Versammlung fern. Hätte man die „Abstimmung“ auf die veröffentlichte Tagesordnung gesetzt, so hätte man nie eine Mehrheit für die Maifeier bekommen. Selbst in der bei Eröffnung der Versammlung bekannt gegebene Tagesordnung wurde die Abstimmung unterschlagen und mit dem nebensächlichen „Punkt Verschiedenes“ verdeckt.

Genosse Michelsen legte dann in seinem Referat dar, daß man auf dem internationalen Kongress zu Paris im Jahre 1888 beschlossen habe, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, um 1. mehr Arbeiterschutz zu erlangen; 2. zur Erlangung der 8-stündigen Arbeitszeit und 3. zur Erreichung des Vollerwerbens. Im Verlaufe seiner Ausführungen bemerkte er dann noch, daß die Badenser Genossen den 1. Mai nur am Sonntag, vorher oder nachher feierten, aber diese Genossen „wollten immer etwas Extraes haben!“ Dann machte Michelsen die Anwesenden darauf aufmerksam, daß es nun ihre Sache sei, sich für oder gegen zu entscheiden. Die Folgen hätte jeder für sich zu tragen. Allerdings sei auch ein Maifonds angeammelt worden, aus dem die Infolge der Maifeier Ausgesperrten unterstützt werden. Wie groß aber dieser Maifonds, und wie es mit den Unterstützungen im einzelnen bestellt sei, verriet der Genosse Michelsen nicht. Aus dem Schlusswort Klang dann der Wunsch wieder heraus, daß man den 1. Mai feiern möge.

Nach der Rede des Referenten meinte der Vorsitzende, es sei nicht nötig, in eine Diskussion einzutreten, man wolle statt dessen gleich zur „Abstimmung“ übergehen. Eine weitere Klärung der Frage schien den Arbeitern also wohl wenig zweckmäßig, die Hauptfrage war ihnen, die Abstimmung in ihrem Sinne durchzuführen. Man mühte jetzt der Versammlung von rund 600 Teilnehmern eine Abstimmung per Klammation zu: daß wurde abgelehnt. Inzwischen war ein Antrag der Ortskommission und der 21gliedrigen Kommission eingelaufen, der dahin lautete, den 1. Mai zu feiern. Es erfolgte nun die „geheim“ Abstimmung, doppelt „geheim“ insofern, als nicht die Versammlung, sondern die Arbeiter vom Ganzen eigenmächtig die Stimmzettel bestimmten. Auch wurde die Zählung nicht vor den Augen der Versammlung vorgenommen. Wer sich unter diesen Umständen wendern, wenn das Resultat 444 Stimmen für, 86 Stimmen gegen die Maifeier und 6 Stimmen ungültig, von manchen Seiten angegriffen wird. — Ein Antrag, diesen Beschluß der Versammlung der Werkdirektion bekannt zu geben, wurde angenommen.

So wurde im Interesse der sozialdemokratischen Partei, das Arbeiterinteresse mit Füßen tretend. Wo waren die Gewerkschaftsfunktionäre in dieser Situation? Sie und die 21gliedrige Kommission mußten sich doch noch lebhaft an die förmliche Versammlung vom 8. und 10. Oktober 1910 erinnern, wo ein Gottgäusen und der ganze Vorstand niedergebückt wurde; wo sie alles mögliches anboten mußten, um die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Sie hätten daran erinnern müssen, daß es erst vor wenigen

Wochen gelungen, den Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, durch die zufriedenstellende Lösung der Wohnfrage, herzustellen. Sie wagten nicht gegen dieses schmale Spiel mit den Arbeiterinteressen aufzutreten und machten sich deshalb zu Mitschuldbigen!

In den nächsten Tagen nach der Versammlung aber schon stellte es sich heraus, daß die meisten Arbeiter nicht feiern wollten. Auch unsere Mitglieder beschlossen in einer am 28. April abgehaltenen Versammlung einstimmig, am 1. Mai zu arbeiten. Dieser Beschluß war für uns eine Selbstverständlichkeit. Auch ganze Branchen der in den „freien“ Gewerkschaften organisierten Kollegen mit Einschluß von Mitgliedern der 21gliedrigen Kommission, erklärten den Beschluß der Versammlung vom 22. April nicht an und erzwangen eine neue Abstimmung innerhalb ihrer Branche, mit dem Resultat, daß alle diese Branchen sich gegen die Maßfeler erklärten. So die Zimmerleute, die Schlosser der alten Werft, die Tischler, Blochmacher und Bootsbauer, die Modelltischler, die Arbeiter der Sägmühle, die Zementer, die Rigger etc. Auch in den übrigen Branchen waren so viele Arbeiter erschienen, daß der Betrieb aufrecht erhalten werden konnte.

Als Antwort auf den der Versdirektion mitgeteilten Versammlungsbeschluß, erhielt der Genosse Thomsen von der Direktion folgenden Brief:

An den Arbeiter-Ausschuß der Flensburger-Schiffbau-Gesellschaft zu Händen des Herrn Zimmermann Thomsen Flensburg, den 29. April 1911.

Von ihrem Mitgliede Herrn Thomsen, wurde uns bekannt gegeben, daß eine Arbeiter-Versammlung beschlossen habe, am 1. Mai zu feiern. Wir halten solche Mitteilungen einzelner Mitglieder des Arbeiter-Ausschusses für unangebracht und werden nach wie vor Verhandlungen, die nicht offiziell durch den Arbeiter-Ausschuß geführt werden, ablehnen. Wir unterlassen jedoch nicht, bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam zu machen, daß, falls am 1. Mai unerlaubter Weise ganze Branchen oder aus einzelnen Branchen so viel Leute der Arbeit fern bleiben sollten, daß ein geregelter Betrieb nicht aufrecht erhalten werden kann, wir uns vorbehalten müssen, unseren Betrieb einzuschränken, evtl. den gesamten Betrieb auf eine noch näher zu bestimmende Zeit zu schließen.

Durch diesen Brief wird unsere Bekanntmachung vom 22. April nicht beeinflusst.

Hochachtungsvoll Flensburger-Schiffbau-Gesellschaft. (Unterschrift.)

Dieser an den Arbeiter-Ausschuß gerichteten Brief bezieht sich auf den Genossen Thomsen für sich und zeigte ihn den übrigen Ausschussmitgliedern nicht eher, als bis am Mittags des 2. Mai, also zu einer Zeit, wo der Brief für den Arbeiter-Ausschuß wertlos war. Er wäre den übrigen Mitgliedern des Arbeiter-Ausschusses vielleicht garnicht gezeigt worden, wenn die Versdirektion den Brief nicht am schwarzen Brett bekannt gemacht hätte und wir Kenntnis davon erhalten hätten. Wie man das Verfahren eines solchen Genossen bezeichnet, werden unsere Leser wohl selber wissen.

Wer kennt nicht die „lieblichen“ radikalen Schreier? Nur schade, daß sie immer dann Aufmerksamkeiten, wenn's drauf ankommt, aufrecht zu stehen! Hierzu einige Beispiele. Auf der neuen Werft sind vier Genossen, die eine Ausnahmestellung einnehmen. Diese agitierten für die Maßfeler, suchten sich selbst aber folgendermaßen zu schützen: Sie teilten ihrem Meister mit, daß sie am 1. Mai feierten, sie würden aber auf Arbeit kommen, wenn es „auf Reparatur“ wäre. Damit zeigten sie ihrem Meister einen Weg, wie er sie auf Arbeit kriegen könne. Aber die Sache wird noch besser. Unter sich hatten sie abgemacht, daß, wenn einer Befehl erhielt zu kommen, würden sie alle vier kommen! Ein anderer derartiger Arbeiter teilte auf Befragen, wie er sich zur Maßfeier stelle, einem unserer Kollegen mit, daß er vormittags arbeiten und nachmittags feiern werde, so habe er seinem Arbeitgeber und seiner Organisation genügt! Schließlich arbeitete er den ganzen Tag. Und diese Leute wollen mit ihren Ideen die Welt erneuern!

Noch unverständlich ist jedoch ist es, wenn die 21gliedrige Kommission den Antrag stellt, den 1. Mai zu feiern und 6-8 Kommissionsmitglieder arbeiten!

Sollten etwa Zweifel in die Wahrheit dieser Angaben gesetzt werden, so können wir zu jeder Zeit mit dem Namen der hier erwähnten Arbeiter und den erforderlichen Zeugen aufwarten — So, Kollegen, sieht es im Lager der Sozialdemokratie aus; die größten Schreier suchen Mittel und Wege, um dem Arbeitgeber und der Partei zugleich zu genügen. Für die Genossen mögen dies ja Geld sein, wir aber sagen „Pfui!“ Der 1. Mai kam und da zeigte es sich, daß die meisten Branchen arbeitslos; der 2. Mai kam, da mußten diejenigen wieder arbeiten, die am 1. Mai nicht zur Stelle gewesen und konnten die Arbeit erst am 3. Mai wieder aufnehmen. Ein paar ganz pfiffig sein wollende Genossen kamen am 1. Mai morgens um 5 Uhr und arbeiteten bis 8 Uhr; aber ihre Absicht, nicht als „Feiernde“ betrachtet zu werden, mißlang.

Wir sehen an diesen Beispielen, wie Worte und Taten im Lager der Sozialdemokraten zwei grundverschiedene Dinge sind. Gerade die größten Agitatoren und Schreier für die Maßfeier begnügen sich damit, die anderen auf die Straße zu locken; sie selbst aber arbeiten und fühlen sich an die eigenen Beschlüsse nicht gebunden. Kollegen aller Branchen! Wie lange wollt ihr diesen Humbug noch mitmachen? Wie lange wollt ihr im Interesse einer Partei, die euch die Folgen der Demonstration selbst tragen läßt, euren Arbeitslohn aufs Spiel setzen und eure, eurer Familien und eure Standsinteressen mit Füßen treten lassen? Glaubst ihr durch dergleichen Demonstrationen der Spürsüchtigen Arbeitszeit, dem Stillstehen, auch nur einen Zoll näher zu kommen? Sollt ihr euch noch länger von solchen Leuten an der Nase herumführen lassen, die den Wandel stets vorzüglich nach ihrer Nase hängen, sobald die Interessen ihrer eigenen Parteilichkeit es rasch erscheinen lassen? Fort mit denen, die einem Phantom nachjagen und mit den Interessen unseres Standes ein frivolles Spiel treiben! Der eine Interessen und diejenigen seines Standes wahren und fördern will, wer einer wirklich freien Gewerkschaft angehören will, der trete ein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Aus der Arbeiterbewegung.

Ausschussführung des Gesamtverbandes.

In den Tagen vom 19. bis 21. April hielt der Ausschuss des Gesamtverbandes in Düsseldorf seine diesjährige Frühjahrssitzung ab. Die Redakteure der Gewerkschaftspressen, sowie sämtliche Funktionäre des Gesamtverbandes waren zu der Tagung hinzugezogen. Mit Rücksicht auf die umfangreiche Tagesordnung waren diesmal drei Tage für die Verhandlungen vorgesehen. Der Bericht des Vorstandes, der von dem Kollegen Stegerwald erstattet wurde, löste eine eingehende Besprechung aus, bei der alle aktuellen Strömungen und die wichtigsten Vorgänge innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, sowohl in sachlicher wie in politischer Hinsicht, erörtert und gewürdigt wurden. Uebereinstimmend wurde von mehreren Seiten auf den verstärkten Druck hingewiesen, der von der sozialdemokratischen Richtung in letzter Zeit auf alle Vorderschichten ausgeübt wird, um die Alleinherrschaft auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages zu erzwingen. Demgegenüber kam mit vollster Einmütigkeit die feste Absicht zum Ausdruck, seitens der christlichen Gewerkschaften dem sozialpolitischen Terrorismus, insbesondere den krampfhaften Bestrebungen zur Schaffung von Arbeitsmonopolen mit aller Entschiedenheit entgegen zu wirken. Die sozialdemokratischen Führer sollten sich wohl hüten, den Bogen zu straff zu spannen, damit nicht schließlich durch gesetzliche Maßnahmen dem sozialdemokratischen Mißbrauch gewerkschaftlicher Machtmittel in ähnlicher Weise Schranken gezogen werden müssen, wie es jetzt gegenüber dem Mißbrauch mit den Beamtenstellen in der Arbeiterversicherung zur Notwendigkeit geworden sei.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Reichsversicherungsordnung referierte der Reichstagsabgeordnete Kollege Johann Becker, der als Mitglied der Reichstagskommission die komplizierte Materie sach- und fachgemäß beherrscht. Die ausgeführte Aussprache zu dieser Frage zeigte eine übereinstimmende Auffassung dahingehend, daß die vorliegenden Kommissionsbeschlüsse leider in vielen Punkten hinter dem zurückblieben, was die christlichen Arbeiter gewünscht und erwartet hätten; daß die Vorteile der gegenwärtig vorliegenden Fassung aber doch die Schattenseiten des Entwurfs überwiegen und die christlichen Arbeiter ein Scheitern des Gesetzes im Interesse der Gesamtarbeiterschaft nicht verantworten könnten. Die wühlende Kritik und die maßlose Hege der Sozialdemokratie über angebliche „Entrechtung“ oder „Vergewaltigung“ dürfe die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft nicht aus dem Gleichgewicht bringen. Der Sozialdemokratie müsse immer wieder die Tatsache entgegengesetzt werden, daß sie mit ihrem partipolitischen Mißbrauch der Beamtenstellen selbst die Schuld daran trage, wenn an dem bisherigen Zustand geändert werden müsse. Beschlüsse wurden zu dieser Frage nicht gefaßt, dagegen dem Vorstand des Ausschusses der Auftrag erteilt, die Angelegenheit genau weiter zu verfolgen und alle notwendig erscheinenden Maßnahmen in die Wege zu leiten. (Zur Sachlage selbst sei auf den Artikel in der vorigen Nummer: „Zur zweiten Lesung der Reichsversicherungsordnung“ hingewiesen.)

Weiter stand zur Verhandlung: Unsere zunächstliegenden Aufgaben in der Jugendfrage, Referent Kollege Brauer (Köln); Wie gewinnen und erziehen wir die notwendigen Mitarbeiter in unserer Bewegung? Referent Kollege Stegerwald; Die sozialistische Bewegung, Referent Dr. Sonnenschein. Den Schluß der Tagung bildete dann noch ein lehrreicher Vortrag des Kollegen Giesberts über seine Amerikareise; eine Schilderung seiner Ergebnisse, Erfahrungen und Eindrücke vom Standpunkt des Gewerkschaftlers aus, die für alle Teilnehmer der Ausschussführung von größtem Interesse war. Damit war die Tagung, die unter dem hoffnungstropfen Eindruck einer andauernden günstigen Weiterentwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung stand und von der Einmütigkeit ihrer führenden Kräfte im Wollen und Handeln erneutes Zeugnis ablegte, an ihrem Ende angelangt.

Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter

hatte im vergangenen Jahre durch den Niederkunft im Baugewerbe eine schwere Belastungsprobe zu bestehen. Daß er sie gut überstanden hat, geht aus der Jahresabrechnung hervor, die in seinem Verbandsorgan „Die Baugewerkschaft“ Nr. 18/1911 veröffentlicht wird. Trotz der großen Ausgabe für Streikunterstützung im Betrage von 764 800 Mk. war am Jahresschluß ein Barvermögen von 416 507 Mk. vorhanden. Der Einnahme im Jahre 1910 beträgt 1 025 542 Mk. und die Ausgabe 655 304 Mk. Die Einnahme des Jahres 1909 betrug 655 304 Mk. Die Einnahme im Jahr 1908 betrug 590 905 Mk. Die wöchentlichen Beiträge brachten ein Mehr von 79 352 Mk., die Extrabeiträge bei der Ausübung 190 905 Mk. Ein schließlich der schon erwähnten Streikunterstützung wurden im ganzen 816 166 Mk. für Unterstützungszwecke ausgegeben, gegenüber 182 939 Mk. im Jahre vorher.

Die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres betrug 35 647, im Jahresdurchschnitt 34 048. Eine kleine Schlaganation in der Mitgliederentwicklung sowie die Mehrausgabe infolge des großen Kampfes im letzten Jahre hofften die christlichen Bauarbeiter im Laufe dieses Jahres wieder weit zu machen. In den letzten Monaten sind nämlich wesentliche Fortschritte zu verzeichnen.

Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter

hat in der Zeit von Januar 1910 bis Ende März ds. J. 13 770 Mitglieder gewonnen. Damit hat er den Verlust während der letzten Krise nicht nur ausgeglichen, sondern sogar um 3000 Mitglieder überholt. Mit 44 200 Mitgliedern Ende März, 1911 erreichte der Verband den höchsten Stand, den er bisher zu verzeichnen hatte. Ende 1910 zählte er 40 320 Mitglieder, gegen 36 451 Ende des Vorjahres. Das kommt einer Jahreszunahme von 9869 Mitgliedern gleich. Die Mitgliederfluktuation hat gegenüber den Vorjahren um mehr als 50 Proz. abgenommen.

Ein ebenso günstiges Bild bieten die Kassenerhältnisse. Der Gesamteinnahme von 1 822 525 Mk. steht eine Gesamtausgabe von 495 219 Mk. gegenüber. Das Verbandsvermögen betrug am Jahresschluß 687 306 Mk. Es ging von 26 235 Mark Ende 1901 in stets steigender Kurve aufwärts.

Auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wurde rührig und mit Erfolg gearbeitet. Der Verband war 139 mal an Lohnbewegungen beteiligt, von denen 35 zu Streiks und von diesen wieder 3 zu Ausperrungen führten. Das Verbandsorgan, die „Textilarbeiter-Zeitung“, hebt in ihrem Bericht besonders hervor, daß sich das Schwerkrieg der Lohnbewegungen immer mehr auf die friedlichen Bewegungen beschränke und deshalb eine Verbesserung und ein Ausbau der Verhandlungsformen die wichtigste Aufgabe sein

masse. Von den Streiks endeten 23 mit dem Abschluß eines Tarifvertrags, so daß der Verband heute schon an 207 Tarifabschlüssen beteiligt ist, die allerdings nicht mit den ausgebauten Tarifen der handwerksgemäßen Berufe verglichen werden dürfen. Es handelt sich vielfach um Lohnsätze. 2259 Mitglieder erzielten durch den Verband eine Lohnerhöhung bis zu 1 Mark pro Woche, 858 bis zu 1,50 Mk., 525 bis zu 2,00 Mk., 355 bis zu 3,00 Mk. und 28 über 3 Mk. die Woche. An Arbeitszeitverlängerung wurde erreicht für 182 Mitglieder wöchentlich 1 Stunde, für 189 Mitglieder wöchentlich 4 Stunden und für 237 Mitglieder wöchentlich 5 Stunden. — Dem Verband bieten sich auch für das laufende Jahr die besten Aussichten; er hofft bis Ende dieses Jahres 50 000 Mitglieder zu haben. Demnach soll besonderer Nachdruck auf die Agitation unter den jugendlichen und weiblichen Arbeitern gelegt werden.

Der Reichsverband Deutscher Kellner-Localvereine,

die auf dem Boden der christlich-nationalen Arbeiterbewegung stehende und dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossene Kellnerorganisation, hielt am 26. und 27. April in Dresden seine 5. Generalversammlung ab. Laut dem gedruckten vorliegenden und vom Verbandsvorsitzenden Haahr-Hannover erläuterten Geschäftsbericht stieg die Mitgliederzahl im vergangenen Jahre von 1220 auf 1920. Die Jahreserinnahme betrug 24 908 Mk., die Ausgabe 23 942 Mk. Für Krankenunterstützung wurden 6136 Mk., für Sterbegeld rund 1000 Mk. veranschlagt. Beschlossen wurde die Neueinführung einer Genesungsgeldunterstützung.

Die Generalversammlung nahm Referate entgegen über „Stellenvermittlung und Arbeitsnachweise“, sowie über „Arbeiterrecht im Gastwirtsgewerbe“, in denen die Forderungen der Angestellten im Gastwirtsgewerbe sachlich vertreten und nachher in einstimmig beschlossenen Resolutionen niedergelegt wurden. Ueber „Gewerkschaftliche Arbeit und ihre Erfolge“ sprach der als Vertreter des Gesamtverbandes anwesende Gewerkschaftssekretär Voigt. Der Verbandsrat, dem die Herren Gewerbe- und Regierungsrat Dr. Häbener von der Königl. Kreisprämienanstalt Dresden und Dr. Graack vom Zentralarbeitsnachweis in Dresden als Gäste bewohnten, verließ in schönster Weise und berechtigt zu guten Hoffnungen für eine günstige Weiterentwicklung der christlich-nationalen Kellnerorganisation.

Wo sitzen die Streikbrecher?

Die Stuttgarter sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“ verurteilt Ströme von Truderschwarzern, um der Welt klar zu machen, daß die christlich organisierten Bauhofsler und Leberarbeiter „Streikbrecher“ sind. Natürlich ist das dumme Gerübe der sozialdemokratischen Presse ein fauler Schwindel.

In ihrem Hochmutsbubel wollten die sozialdemokratischen Bauhofsler und Leberarbeiter nicht gemeinsam mit den christlichen verhandeln, anderns wollten aber die Meister es nicht tun, weil sie verständigterweise den „Genossen“ ein besonderes Vorrecht vor den nichtsozialdemokratischen Arbeitern einzuräumen nicht willens waren. Die „Genossen“ schalteten sich also selbst aus von den Verhandlungen, die später nur zwischen den christlich organisierten Bauhofsler und Leberarbeitern mit den Meistern stattfanden und zu neuen Tarifgemeinschaften führten. Nur notorische Geschichtsfälscher können in diesen Fällen von einem „Streikbruch“ der christlich organisierten Arbeiterschaft sprechen, Leute, die in Streikbruchfällen ein recht schlechtes Gewissen haben.

Streikbruch haben geübt die sozialdemokratischen Metallarbeiter in Pforzheim mit besonders ausgestellten Streikbrecherpässen. Streikbruch haben geübt die Genossen auf der Dortmunder Union, wo nicht weniger wie ca. 100 sozial. Arbeiter u. Maschinenisten Streikbrecherdienste leisteten. Streikbrecherdienste leisteten der Berliner Allgem. Elektrizitätsgesellschaft wiederum die sozialdemokratischen Metallarbeiter. Streikbruch übten die roten Metallarbeiter in Solingen mit Wissen der Stuttgarter Vorstandschaft, als sie den Messerschleifern in den Rücken fielen. Streikbruch übten sie bei der Bewegung in der Zellulosefabrik in Eisenburg. Streikbruch übten die sozialdemokratischen Leberarbeiter in Freiburg im Baden. Streikbruch übten die sozialdemokratischen Maurer in Halle 1900, in Grätz 1903, die Berliner Modelltischlergenossen und die Zimmerer in Weissen 1905. Ein Gauleiter des „deutschen“ (sozialdemokratischen) Metallarbeiterverbandes war bereit, gegen eine angemessene Provision in Selbststreikarbeit zu besorgen. Bekannt sind die Feindschaften zwischen der sozialdemokratischen Brauer- und Transportarbeiterorganisation, die sich von Zeit zu Zeit immer wieder von neuem gegenseitig des Streikbruches bezichtigten.

Das mag vorerst einmal genügen, um den Lesern zu zeigen, was davon zu halten ist, wenn die sozialdemokratische Tages- und Gewerkschaftspressen christlichen Arbeitern den unbedingten Vorwurf des Streikbruches macht. Sie hätte wahrlich genug zu tun, die wirklichen Streikbrüche der sozialdemokratischen Gewerkschaften Tag für Tag festzunageln, von denen in der Behauptungskonferenz der Gewerkschaftsvorstände in Berlin nach dem Protokoll der Führer der sozialdemokratischen Holzarbeiter jagte: „Derartige Dinge sind nicht zu tun!“

Rundschau.

Die Gesellschaft für soziale Reform trat am Freitag den 12. Mai in Berlin, unter dem Vorsitz des Staatsministers v. Berlepsch, zu einer Generalversammlung zusammen. Gegenstand der Beratungen war die gewerbliche Lohnarbeit der jugendlichen von 14 bis 18 Jahren. In der Eröffnungssprache betonte der Präsident u. a. ganz treffend:

„Auf jedes Menschenkind, wirken in dieser kritischen Zeit die Gefahren des Lebens stärker ein, und das gilt am meisten für die arbeitende Jugend, für die sofort nach ihrem Austritt aus der Schule die Lohnfrage zur beherrschenden Lebensfrage wird. Es treten die Trennung von der Familie, die Verführungen der Großstadt hinzu, die Eigenschaften und Neigungen erzeugen, welche gefährlich sind für das geistig und körperlich entwickelte Arbeiterkind. Während man heute viel über Betrug und Mangel an Pflichtgefühl in der arbeitenden Jugend klagt, fragen sich wenige wie es denn eigentlich dazu gekommen ist.“

Ueber den Berufsschutz der jugendlichen sprach dann Herr Obermedizinalrat Gruber-München und zeigte besonders unter Hinweis auf die geringe Militärtauglichkeit und große Sterblichkeit der Stadtjugend die Notwendigkeit eines stärkeren Schutzes der jugendlichen.

Die Wünsche der preussischen Staatsarbeiter finden Gehör und hoffentlich auch Erfüllung. Der preussische Eisenbahnminister hatte bei den diesjährigen Staatsberatungen erklärt, es sei zweckmäßig, die Klagen der Eisenbahnwerkstättenarbeiter über das Mordwesen einmal von Grund aus zu prüfen. Eine Kommission aus Beamten aller Grade und Arbeitern sollte die Beschwerden feststellen und Vorschläge zu Verbesserungen machen. Auch sollte die Kommission eine Denkschrift an den Landtag vorbereiten. Die Kommission ist gebildet und hat ihre Beratungen aufgenommen unter dem Vorsitz des Prääsidenten des Eisenbahngeneralamtes. Der Kommission gehören höhere, mittlere und untere Beamten an; außerdem vier Werkstättenarbeiter, welche von den Arbeiterausschüssen einiger großer Hauptwerkstätten gewählt wurden. Das ist sehr erfreulich. Hoffentlich wird die Arbeit der Kommission brauchbare Resultate zeitig für die Eisenbahnhandwerker und Arbeiter. Dieses Vorgehen des Eisenbahnministers findet hoffentlich Nachahmung bei dem Handelsminister, dem die staatlichen Berg- und Hüttenwerke unterstellt sind, damit endlich die Verbesserungsbedürftigen Verhältnisse der Hüttenleute und der Grubenhandwerker und Maschinenisten auf den staatlichen Kolonnen geregelt werden.

Geheimrat Dr. Wiefelb, der sich bekanntlich um die Bekämpfung der großen Arbeitslosigkeit hervorragende Verdienste erworben hat, ist in eine ausländische Gesellschaft eingetreten und zu diesem Zweck für längere Zeit vom Reichsamt des Innern beurlaubt worden. An seiner Stelle ist der Müldener Gewerbegerichtsdirektor Dr. Brenner in das Reichsamt des Innern berufen worden. Dr. Brenner darf als vollgültiger Ersatz für Geheimrat Wiefelb angesehen werden; er hat sich um die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit namentlich im Bau- und Holzgewerbe sehr verdient gemacht. Hoffentlich leistet Herr Dr. Brenner dem Rufe Folge.

Der Verein mit dem langen Namen, hielt in Düsseldorf seine 40. Hauptversammlung ab. Das geschäftsführende Mitglied des Vorstandes, Herr Dr. Beumer, hielt ein Referat über das Wirtschaftsjahr 1910/1911. Bei der Besprechung der Verhältnisse des Arbeitsmarktes verlangte Herr Dr. Beumer Zurückbannung des gewerkschaftlichen Zwanges und erhöhte geschützten Schutz für die Arbeitswilligen. Bezeichnenderweise, berief er sich dabei auf den Arbeitswilligenschutz in anderen Ländern und nannte u. a. auch die "Arltel". Es mag schon stimmen, daß die Herren „Industrieapostole“ bei ihrem absolutistischen Zuchtregiment den absoluten halbstaatlichen Barbarenstaat als die vollkommenste Regierungsform ansehen. Vorläufig leben wir aber noch in einem Verfassungsstaat, da muß der Vlen. Die Proletarier werden sich das Koalitionsrecht nicht nehmen lassen.

Eine Wohnungs-ausstellung veranstaltet die christlich nationale Arbeiterschaft in Gelsenkirchen. Es erübrigt sich, unsersorts etwas darüber zu sagen, wir wollen vielmehr das Urteil einer Stelle wiedergeben, die bislang den christlichen Gewerkschaften sehr wenig günstig gegenüberstand. Die Kölnische Zeitung sagt in ihrer Nr. 625 vom 10. Mai:

„Anerkennung ist einer Veranstaltung zu zollen, mit der die christlich-nationale Arbeiterschaft in Begleit Gelsenkirchen an die Öffentlichkeit getreten ist. In Gelsenkirchen ist am Sonntag eine Wohnungs-ausstellung eröffnet worden. Die Veranstalter sind das christliche Gewerkschaftsamt und die katholischen und die evangelischen Arbeiter- und Knappenvereine. Die Ausstellung hat den Zweck, der Arbeiterschaft den Wert und den Nutzen einer guten, Behaglichkeit verbreitenden Wohnungseinrichtung zu zeigen. Dem Arbeiter, vor allem dem verheirateten, soll hier vor Augen geführt werden, wie eine Wohnung behaglich einzurichten ist. Kochschulen, Haushaltungsschulen usw. sind allein nicht imstande, das Familienleben der Arbeiter zu heben, die Wohnung selbst spielt auch eine große Rolle. Vielfach muß bei unserer Arbeiterschaft erst der Sinn für Behaglichkeit der Wohnräume geweckt werden, sonst haben alle Bestrebungen, die Wohnhäuser billig und äußerlich gut herzustellen, wenig ethischen Wert. Hat aber der Arbeiter Sinn für eine behagliche Wohnung, so fehlt ihm doch wieder oft die Anleitung zur Durchführung einer behaglichen Einrichtung. Die Gelsenkirchener Ausstellung soll nun den Arbeitern zeigen, wie man auch bei bescheidenen Mitteln eine behagliche und zugleich praktische Einrichtung schaffen kann. Zu diesem Zwecke haben sich die katholischen und evangelischen Arbeitervereine und die christlichen Gewerkschaften in diesem Bezirk zusammengefunden! . . .“

Wir werden gelegentlich auf die Ausstellung noch zurückkommen.

Von den Syndikaten und Verkaufvereinen. Der Wellrothverband hat, nachdem mit den bisher ihm ferngebliebenen Werken nunmehr vollständige Einigung erzielt worden ist, in seiner letzten Sitzung eine sofortige Erhöhung der Verkaufspreise um etwa M. 20 die Tonne vorgenommen. — In den Verhandlungen über Beitritt der Siegerländer Eisenwerke zum Roheisensyndikat ist jetzt eine Einigung erfolgt. Der Beitritt soll am 13. Mai vollzogen werden. — Der Verband deutscher Maschinenwerke ist in Berlin zusammen gewesen, und hat beschlossen, die jetzigen Preise unverändert bestehen zu lassen. Größerer Aufschwung wird nicht vor dem Herbst erwartet.

Aus der Metallindustrie. Die Württembergische Metallwarenfabrik in Geislingen verteilt wieder, wie in den letzten 13 Jahren, 20 Proz. Dividende. Das Aktienkapital soll um 250 000 M. von 4 500 000 M. auf 6 750 000 M. erhöht werden. Da die Reserven der Gesellschaft über 3 000 000 M. betragen und der Kurs 1909 durchschnittlich 385 Proz. betrug (wobei entnommen diese Zahl dem Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften), so ist die Kapitalerhöhung nichts anderes als eine Kapitalverwässerung. Nach einer Meldung der Kölnischen Zeitung werden den Aktionären die neuen Aktien zu 100 Prozent angeboten. Das heißt also, die Aktionäre erhalten für 1000 M. einen Wert, den sie alle Tage für 3650 M. verkaufen können. — Die Reichs- u. Martin Akt.-Ges. in Berlin steigert ihre Dividende von 3 auf 6 Proz. — Die Rheinisch-Westfälischen Kupferwerke A.-G. in Olpe, verteilen, wie im Vorjahre, 10 Proz. Dividende. — Das Eisenwerk Nagel und Raempp, A.-G. in Hamburg, schüttet, wie im Vorjahre, 7 Proz. Dividende aus. — Geb. Poesgen, A.-G., Maschinenfabrik in Düsseldorf-Ventrat verteilen wie im Vorjahre 7 Proz. Dividende. — Die Preß- und Walzwerke A.-G. in Reicholz bei Düsseldorf haben

nach 618 076 M. Abschreibungen zusätzlich Vortrag aus 1909 noch einen Reingewinn von 978 943 M. Eine Dividende wird nicht verteilt, weil es im Interesse des Wertes liegt, die Anlagen weiter auszubauen und mit Rücksicht auf den jetzigen wirtschaftlich lange dauernden Wettkampf der Röhrenwerke, die geldliche Lage des Werkes zu kräftigen.

Der unzulässige und terroristische Charakter der Sozialdemokratie, wurde im Reichstag von unserem Kollegen Weyer treffend gekennzeichnet. Insbesondere wies er den roten Freiheitshelden nach:

„1. Die Sozialdemokraten hätten die Krankeassenwahlen zu politischen Wahlen gemacht. 2. Die Sozialdemokraten wählten die Krankenkassenbeamten sehr oft nach der Zugehörigkeit zur Partei, statt lediglich nach ihrer Fähigkeit. 3. Sie sicherten in weitestem Maße ihren Kassenbeamten auf Grund unerheblicher Anstellungsverträge Stellungen auf Lebenszeit. 4. Die sozialdemokratischen Kassenbeamten mißbrauchten ihr Amt zur Werbung neuer Anhänger. 5. Die sozialdemokratischen Kassenbeamten mißbrauchten ihr Amt sehr oft zu einer parteiischen Verhandlung der Kassenmitglieder. Kollege Weyer hatte die Absicht, eine Reihe von Einzelfällen eventl. mit Namensnennung vorzutragen. Er sah aber davon ab, um die Personen, welche das Material geliefert, nicht dem sozialdemokratischen Terrorismus preiszugeben. Daß die Sozialdemokratie bereit sei, sich an denjenigen zu rächen, welche Belegmaterial liefern für die Aufdeckung der roten Gewalttätigkeit, beweise eine Anklage der sozialdemokratischen Volkstimme in Mannheim. Diese sei von Dr. Möller wegen Verleumdung verklagt worden. Worauf die Volkstimme geschrieben habe, daß würde ein politisch hochbedeutender Prozeß werden. Es würde sich dabei herausstellen, welche Beamten der Mannheimer Deliktantenliste Material geliefert hätten. Das sei immerhin ein Erfolg. Solche Drohungen legen jedem, der von Kassenbeamten Material erhalten habe, die Pflicht auf, das Material in der Tasche zu halten oder wenigstens unter keinen Umständen die Namen zu nennen. — Das ist also das Bild der terroristischen Partei, welche das Evangelium der Brüderlichkeit predigt und gegen das absolute Regiment des Jaren Protestversammlungen abhält. Schlimmere Geuchler kann es nicht geben.“

Einen sozialdemokratischen Wochenscheiterer soll die württembergische Neilsen bekommen. Der Stuttgarter Oberbürgermeister wird nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht gewählt. Eine Stichwahl findet nicht statt. Als gewählt gilt der, welcher die meisten Stimmen erhält. Bei der Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien hat die Sozialdemokratie Aussicht, das Mandat zu gewinnen. Als Kandidat stellte die sozialdemokratische Vertrauensmännerversammlung den Landtagsabgeordneten Genossen Dr. Lindemann auf. Nur sich den Rufen zu bedenken gegen das Parteitagstrafergericht, wollte die Stuttgarter Parteileitung den Kandidaten verpflichten, die Parteitag- und Organisationsbeschlüsse grundsätzlicher Art auch als Oberbürgermeister innezuhalten. Nach der Dortmunder Arbeiterzeitung vom 6. Mai gab darauf Genosse Lindemann eine Erklärung ab, die in ihrem entscheidenden Teile sagt, daß die Parteibeschlüsse, soweit sie ihm bekannt sind, kein Hindernis bilden für die Annahme einer Kandidatur, daß eine genaue Prüfung der Organisationsbeschlüsse ihm aber gezeitigt habe, daß mit ihnen die Ausübung des Postens als Oberbürgermeister unmöglich sei, da er volle Freiheit in der Ausübung der Repräsentationspflichten, namentlich auch in dem amtlichen Verkehr mit der Krone, als Vorbedingung für die Ausübung seines Amtes betrachtete.

Die Vertrauensmännerversammlung gab ihm dann Freiheit des Handlens. Der Vorwärts war bisher ziemlich zahm ob der erneuten jüdischen Kezerei. Nun legt aber Rosa Luxemburg los in der „Leipziger Volkszeitung“. Nach ihrer Ansicht wird die „totale Zersplitterung der sozialdemokratischen Organisationsverhältnisse“ die Folge davon sein, daß dem Abg. Lindemann im Falle seiner Wahl zum Oberbürgermeister die „volle Freiheit in der Ausübung der Repräsentationspflichten, namentlich auch in dem amtlichen Verkehr mit der Krone“ zugestanden werden. Rosa erklärt dann weiter: „Es ist dies ein in der Parteigeschichte unerhöhter Fall vorbedachter und planmäßiger Mißachtung der Parteidisziplin, mag man zur Frage selbst der sozialdemokratischen Katastrophen in hiesigen Vorjahren denken, wie man will. Was dem Dr. Lindemann als Oberbürgermeister recht, sei Gemeinderäten, Landtags- und Reichstagsabgeordneten und schließlich jedem Genossen billig.“ Rosa ist grundsätzlich dagegen, daß ein Sozialdemokrat den Posten eines Oberbürgermeisters übernehme. Die Partei sei dann in ihrer Kritik dem eigenen Mitglied gegenüber gehemmt. Dazu komme noch der weitgehende Einfluß des Oberbürgermeisters auf Befreiung von Steuern und Pächten privater Natur, der sehr leicht zu einer Quelle der Korruption in der Partei werden könne. . . .“ Rosa dachte jedenfalls an das unheilvolle Geschehen ihres Massenstreikkollegen Briand, der nachher, als er Ministerpräsident geworden, bekanntlich Militär gegen die streikenden Eisenbahneraufmarschieren ließ. Hoffentlich wird Dr. Lindemann Oberbürgermeister. Die Stuttgarter Sagen werden dann sehen, daß auch bei einem sozialdemokratischen Oberbürgermeister das Steuerzählen nicht abgeschafft wird.

Die Oberhoheit der sozialdemokratischen Partei über die „freien“ Gewerkschaften, wird erneut bekräftigt durch den Verbandstag der „freien“ Maler. Auf demselben ist auch der Vertreter des Hamburger Parteivorstandes, Genosse Stille, anwesend. Stille, der im Auftrag der Parteileitung bei der Wiedervereinigung der unbotmäßigen Hamburger mit dem Verband als ehrsüchtiger Malter fungierte, soll seine Meinung sagen über den Grenzschutz. Das würde uns wenig kümmern und wir würden auch keine Notiz davon nehmen, wenn nicht die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsozialisten andauernd ins Land poljannten, die christlichen Gewerkschaften seien in der Organisationsform abhängig von Außenstehenden. Dieses Verdächtigungsmandat hat nur den Zweck, die Aufmerksamkeit von sich abzulenken. Die freien Gewerkschaftler sind vollständig in der Gewalt der sozialdemokratischen Partei. Das mußten die Tischgenossen erfahren, die Solinger u. a. m. Sie wurden einfach aus der Partei herausgeschmissen, als sie nicht überpartierten. Die Hamburger Maler sind ja bavor bewahrt geblieben; dank der Initiative des Parteivorstandes. Diese Gewerkschaft, die selbst keinen Schritt tun kann, ohne die allergnädigste Genehmigung der Partei, will anderen Abhängigkeit vorwerfen. Pharisäer!

Terrorismusgeheiß ist ein Wajdzettel des roten Freilebureaus in Düsseldorf verteilt, der in

dieser Tagen die Kunde durch den ganzen roten Blätterwald machte. Dieses Machtwort sucht alle die Untergebenen, die man immer wieder an den Genossen zu rügen gezwungen ist, einfach den Christen anzuhängen. Donner . . . das war ein Gebanke; die Metallarbeiterzeitung selbst ist entsetzt vor dem Dings. Flug übernimmt sie zwei ganze Spalten davon, klebt noch eine halbe nach Schema Entführung daran — und hat dann glücklicherweise „beweisen“, daß die Christen die Streikbrecher sind. Wo haben denn je die Genossen Christen terrorisiert? Bibts einfach gar nicht! „Wo Christen Kameradschaftlichkeit pflegen, Klassenhaftigkeit üben, den Verrat und die Hinterlist meiden, kommen sie nicht in die Lage, über Terrorismus zu klagen“, schwafelt Potorny. Und die Metallarbeiterzeitung pappelt es gedankenlos nach. Wir haben uns gefragt: Wie kann die Metallarbeiterzeitung solchen Unsinn schreiben? Sie, die doch das gemeinsame Domizil mit einem Bezirksleiter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes hat, der den Terrorismus als Spezialität betreibt. Eine einigermaßen befriedigende Antwort kann nur darin gefunden werden, daß der „BS-Korrespondent“ zuerst dem Nachzügler gesang lauscht und die Metallarbeiterzeitung vergeblich auf den „Christenartikel“ wartete. Und so nahm sie denn ihre Zuflucht zu Potorny und Linberts. Letzterer war bekanntlich der glorreiche Führer der Metallarbeiter in Iserlohn vor einigen Jahren, wobei sie eine „Panne“ erlitten, von der sie sich jetzt noch nicht erholt haben. Die Metallarbeiterzeitung kann mit all ihrem Zeug aber die Tatsache nicht aus dem Welt schaffen, daß ihr Verband, wo er nur kann, uns ausschalten will und unsere Mitglieder zu terrorisieren versucht. Da nun die christlichen Metallarbeiter sich dieses nicht gefallen lassen, sintermaßen sie nicht abhängig sind von den Sozialdemokraten, hilft ihr auch der Appell an die Tränenrühren nicht. Ihr Gerebe vom Streikbruch und Verrat der Christlichen ist so albern und einfältig, daß wir auf die Einzelheiten nicht eingehen brauchen. Ihre Genossen werden es auch selber nicht mehr glauben, wenn sie ihnen nur die eine Tatsache sagt, daß der christliche Metallarbeiterverband im Jahre 1910 von je 100 M. eingenommenen Beiträgen 27,20 M., der sozialdemokratische Verband aber nur 23,60 M. für Streikunterstützung ausgegeben hat.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zum Streit der Emailierarbeiter bei der Firma Brang Söhne in Xanten.

Die Arbeiter der Emailierfabrik der Firma Brang haben sich seit einiger Zeit dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen. Die Notwendigkeit der Organisation wurde den Arbeitern durch die Firma oder, besser gesagt, durch den Herrn Direktor bewiesen, indem dieser ohne den Willen des Herrn Brang Lohnabzüge bis zu 15 Prozent diktierte. Schon gleich nachdem sich die Arbeiter der Organisation angeschlossen hatten, wurde sämtlichen Organisierten gekündigt und ein Kollege sofort entlassen. Durch eine Verhandlung des Kollegen Burgard mit dem Herrn Brang gelang es, die Angelegenheit friedlich beizulegen. Es wurde sogar versprochen, einen Vertrag abzuschließen; leider wurde dieses Versprechen nicht gehalten. Auf Grund dessen sandten die Arbeiter eine Eingabe ein um Zurückstellung der obengenannten Lohnreduzierung. Die Firma beantwortete diese Eingabe mit der Kündigung sämtlicher Arbeiter, welche die Eingabe unterzeichnet hatten.

Am Donnerstag den 4. Mai gab die Firma eine Lohnliste heraus, welche der Öffentlichkeit zeigen sollte, welcher „riesige“ Löhne den Arbeitern gezahlt würden. Neben den Unrichtigkeiten, die darin enthalten sind, wollen wir nur einige zur Aufklärung mitteilen. Mit Absicht verschweigt man die Nebenstunden. Wenn wir dieselben zum Tagesverdienst rechnen, so ergibt die Lohnliste nur für einen Arbeiter über 5 M., für 19 über 4 M., für 50 über 3 M., für 12 über 2 M., und für 13 über 1 M. Diese Löhne beweisen genügend, daß es die höchste Zeit war, daß hier eine Menderung eintreten mußte. Gleichzeitig setzen auch hier die geradezu höhnischen den Abzüge angeführt, welche im genannten Betriebe gemacht wurden. Dieselben betragen für Kleinrentner pro 100 St. von 0,50 bis 4,75 M., für Anschläger pro 100 Mieten von 0,03 bis 0,12 M., für Brenner pro 100 Kilo 0,50 M., für Aufsträger pro 100 St. von 0,03 bis 0,08 M. und für Weißausträger pro 100 St. von 0,05 bis 0,65 M.

Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, daß die Arbeitslosen sich in steter Tätigkeit befand, in deren Handhabung der Herr Direktor Freide eine besondere Tüchtigkeit an den Tag legte. Allzu stark macht schartig und der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht. Das mag sich der Herr Direktor gefügt sein lassen, mit einer Arbeiterschaft, welche dem christlichen Metallarbeiterverbande angehört, können berartige Maßnahmen nicht stillschweigend durchgeföhrt werden.

Am Samstag den 6. Mai fand eine öffentliche Vollversammlung statt, welche von über 500 Personen besucht war. In derselben wurde Aufklärung gegeben über die vorliegenden Differenzen. Die Versammlung sowohl als auch die Diskussionen erklärten sich mit dem Verhalten der Arbeiter einverstanden. Der Herr Direktor Freide wurde zu dieser Versammlung per Einschreibebrief eingeladen. Die Annahme des Briefes wurde, jedenfalls in dem Bewußtsein der Schuld, verweigert. Das Stadtverordnetenkollegium sowie der Herr Bürgermeister waren ebenfalls eingeladen. Folgender Brief ging darauf ein:

An den Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands in Duisburg, Seitenstraße 19. Xanten, den 5. Mai 1911.

Ihre Einladung an die Stadtverordnetenversammlung zu ber am 6. v. M. im Saale von Tormeyer stattfindenden Versammlung habe ich Ihrem Wunsche gemäß zur Kenntnis der Herren Stadtverordneten gebracht, behauere aber, die Teilnahme an dieser Versammlung ablehnen zu müssen. Stadt- und städtische Verwaltung haben die berechtigten Interessen und das Wohl der Arbeiter stets zu fördern gesucht und können Anspruch auf deren Vertrauen erheben.

Wenn der Wunsch besteht, daß meinerseits an einer friedlichen Lösung des Streites mitgewirkt wird, so ist der einzig gangbare Weg der zum Rathaus, wo ich den Arbeitern und deren Vertretern jederzeit gern zur Verfügung stehe.

Die Erörterung der Streitigkeiten in einer öffentlichen Versammlung kann meines Dafürhaltens nicht zu einer friedlichen Lösung der Frage beitragen, leicht aber eine Verschärfung der Gegensätze herbeiföhren.

Hochachtungsvoll (gez.) v. Heinsberg.

Diesem Schreiben wurde Folge gegeben, indem die Vertreter des Verbandes die Angelegenheit mit dem Herrn Bürgermeister besprachen. Das Resultat dieser Aussprache war

eine Stadtverordnetenversammlung, welche durch den Herrn Bürgermeister herbeigeführt wurde. In derselben wurde die Angelegenheit in Gegenwart des Herrn Prang zur Sprache gebracht. Das Ergebnis dieser Sitzung war ein Schreiben, welches den zurecht verarmtesten Arbeitern überreicht wurde. Wir lassen den Brief wörtlich folgen:

„Die Firma Prang Schmid ist bereit, die bisherigen Arbeiter, soweit für einzelne derselben nicht bereits Ersatzleute angenommen worden sind, unter den bisherigen Bedingungen weiter zu beschäftigen. Arbeiter, welche gesonnen sind, die Arbeitsordnung und die Anweisungen der Betriebsleiter für die Folge zu beachten und ihre Arbeit pflichtgemäß zu verrichten, können sich im Laufe des morgigen Vormittags auf dem Bureau der Fabrik melden.“

Die Fabrikleitung hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Arbeiter etwaige Wünsche morgen, Samstag den 19. d. M., nachmittags von 5 1/2 Uhr ab auf dem Rathaus bei mir vorzubringen.

Kanten, den 12. Mai 1911.

Der Bürgermeister. (gez.) v. Weinsberg.“

Hierauf wurde folgende Erklärung dem Herrn Bürgermeister übermittelt: „Die versammelten Arbeiter nehmen Kenntnis von dem Schreiben und sind bereit, in eine Verhandlung einzutreten. Es wird jedoch besonders Wert darauf gelegt, daß der Gewerkschaftsbeamte Burgard zu den Verhandlungen hinzugezogen wird.“ Die gewünschte wurde entsprochen; selber waren auch diese Verhandlungen ergebnislos. Die Firma hatte, ehe diese Verhandlung beim Bürgermeister erledigt war, schon sämtliche in Frage kommenden Arbeiter entlassen. Ein Vermittlungsvorschlag seitens der Arbeiter zwecks Einrichtung eines unparteiischen Schlichtergerichts wurde nicht berücksichtigt, so daß der Streik unvermeidlich war. Zugang ist streng fernzuhalten.

Köln-Chrenfeld. Nachdem der Streik auf der Waggonfabrik Herbrand u. Co. A.-G. nun bereits vier Wochen andauert, ist derselbe nunmehr in ein anderes Stadium getreten. Die Firma hat sich an die streikenden Arbeiter gewandt, am Montag, den 15. Mai die Arbeit wieder aufzunehmen. Zuerst sind die Meister treppauf, treppab gegangen worden, um zunächst diejenigen zu diesem Schritt zu bewegen, welche nicht ihrerseits die Kündigung mit den übrigen Kollegen geschlossen eingereicht hatten und daraufhin seitens der Firma gekündigt worden waren. Doch überall wurde ihnen eine abschlägige Antwort beschieden. Darauf wandte sich dann die Firma mit einer schriftlichen Aufforderung an alle Arbeiter, den Betrieb wieder zu betreten und die Arbeit aufzunehmen. Das Schriftstück hatte folgenden Wortlaut:

Köln-Chrenfeld, den 9. Mai 1911.

Nachdem die Arbeitsunterbrechung nunmehr drei Wochen gedauert hat, wollen wir den Betrieb mit den Arbeitswilligen unserer bisherigen Arbeiter und den uns zur Verfügung stehenden neuen Arbeitskräften wieder aufnehmen. Wir richten daher an unsere früheren Arbeiter, die Wert darauf legen, bei uns auch in Zukunft beschäftigt zu werden, die Aufforderung, sich bis zum 15. ds. entweder persönlich zur Wiederaufnahme der Arbeit zu melden oder uns schriftlich ihre Bereitwilligkeit hierzu mitzutheilen. Diejenigen, welche sich nicht innerhalb der genannten Frist melden, setzen sich der Möglichkeit aus, daß ihre Stelle anderweitig vergeben wird.

Die Direktion der Waggonfabrik Akt.-Ges. vorm. P. Herbrand u. Cie.

Die Firma hatte es unterlassen, in diesem Schriftstück auch davon zu reden, ob die berechtigten Forderungen der Arbeiter bewilligt würden oder nicht. Da aber von einer Wiederaufnahme der Arbeit nur die Rede sein kann, wenn wesentliche Zugeständnisse im Sinne der gestellten Forderungen gemacht werden, wies die Arbeitererschaft das Ansinnen der Firma, Verrat bei diesem Kampfe zu begehen, mit Entrüstung zurück. Bei der Geschlossenheit und Einigkeit der Streikenden hätte die Firma sich von vornherein darüber klar sein müssen, daß ein solcher Schritt vergeblich sei. Die Streikenden und unangesperrten sind von dem festen Willen besetzt, lieber noch wochenlang im Kampfe auszuharren, als zu den alten Bedingungen, die einfach die Bezeichnung „unwürdig“ tragen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Das betrifft nicht nur die bisher gezahlten Löhne und die Arbeitszeit, sondern auch das Kapitel Behandlung von Seiten der Vorgesetzten.

In dieser Überzeugung lassen sich die Streikenden auch nicht beirren durch die Anspielung auf die Heranziehung von Arbeitswilligen, d. i. sogenannten Streikbrecherkolonnen. Mit solchen dürfte die Firma keinesfalls bessere Erfahrungen machen, als sie bisher andere Unternehmungen gemacht haben. Sowohl die Rücksicht auf die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung wie Rücksicht auf die Betriebsinteressen müßten unserer Ansicht nach die Firma davon abhalten, solche fremde Arbeitswillige heranzuziehen. Man weiß ja zur Genüge, was für Elemente in der Regel solche Arbeitswillige sind; man weiß, daß sie meist vor Ergriffen nicht zurücktreten, sondern solche oft genug geradezu anzuketteln, wie man auch weiß, daß ordentliche Arbeit von ihnen nicht gemacht werden kann. Den Schaden haben ja allerdings nicht die Streikenden und unangesperrten, sondern die Firma bezw. die Aktionäre zu tragen.

In zwei Versammlungen nahmen die Streikenden Stellung zu dem Vorgehen der Firma. Und getreu dem geleisteten Versprechen: „Einer für alle und alle für einen“, womit der Kampf aufgenommen wurde, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen und der Firma übermittelt:

„Die heute im Lokale der „Harmonie“ tagenden streikenden Arbeiter der Firma P. Herbrand u. Co. haben durch die Briefe der Firma davon Kenntnis erhalten, daß die Firma gewillt ist, am Montag den 15. Mai den Betrieb wieder zu eröffnen. Da während der Dauer des Kampfes seitens der Firma noch keine Zugeständnisse gemacht worden sind, so müssen es die Arbeiter ablehnen, dem Schreiben der Firma zu folgen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Die streikenden Arbeiter betonen aber, daß ihre Organisationsvertreter, zu jeder Zeit zu Verhandlungen bereit sind.“

Die Arbeiter haben alles getan, um den Kampf zu vermeiden. Nichts ist unterlassen worden, einen ehelichen Frieden mit der Firma anzubahnen. Hat die Firma die notwendige Einsicht und Erkenntnis, wird auch heute leicht eine Einigung zustande kommen. Solange diese aber nicht vorhanden ist und die Kollegen im Kampf stehen, ist der Zugang von Arbeitswilligen unter allen Umständen zu vermeiden. Auch möge keiner sich irgend welchen Zusicherungen zugänglich zeigen. Auch dieser Kampf, der der Arbeitererschaft infolge der Verhältnisse aufgedrungen ist, wird und muß enden mit einem Erfolg der kämpfenden und organisierten Arbeitererschaft.

Reheim. Der Streik der Internenklempner bei der Firma Hüstenpfecht u. Cojad ist beendet. Die beteiligten Arbeiter, welche sämtlich dem christlichen Metallarbeiterverbande angehören, haben am Montag die Arbeit wieder aufgenommen.

Das Resultat der Verhandlung, die in Gegenwart des Herrn Gewerbeinspektors Böse in Vrnasberg stattfand, ist folgendes: Die Arbeitskräfte für die in der Liste angeführten Paternen werden um 10 Prozent erhöht. Die in Tagelohn beschäftigten Arbeiter erhalten eine verhältnismäßige Lohnaufbesserung und zwar mit der ersten Lohnzahlung beginnend. Mit diesen Zugeständnissen erklärten sich die beteiligten Kollegen einverstanden. Diese Bewegung hat wieder gezeigt, daß Einigkeit und geschlossenes Handeln in unserer christlichen Metallarbeiterverbände auch für die hiesige Arbeitererschaft erfolgreich wirkt und sie ihrem Ziele, nämlich der Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche näher zu bringen im Stande ist.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Verhandlungsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzufernenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Düsseldorf. Die Essengehölzer der Firma Schwarz ist für Formier gesperrt.

Düsseldorf-Bevrath. Die deutsche Maschinenfabrik ist für Dreher und Maschinenarbeiter aller Art gesperrt. **Schloß-Holte.** Auf der „Holter Eichenhütte“ (Inh. Dr. G. Tenge) stehen die Arbeiter im Streik. Zugang von Beschlagschmieden, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Danzig. Auf der Seeschiffswerft F. Schönan ist Streik ausgebrochen. Zugang von Handwerkern und Arbeitern aller Art nach Danzig und Elbing ist fernzuhalten.

Köln-Chrenfeld. Sämtliche Arbeiter der Waggonfabrik Herbrand u. Co. A. G. stehen im Streik.

Megensburg. Hier selbst stehen die Schlosser im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Sendenhorst i. W. In den Sendenhorster Emailierwerken sind Differenzen ausgebrochen.

Kanten. Das Emailierwerk der Firma Prang Schmid ist wegen Kündigung der organisierten Arbeiter, für Arbeiter aller Art gesperrt.

Menden-Weesperde. In der Drahtweberlei und im Feinzug der Firma „Neuwahlwerk“ sind Lohn Differenzen ausgebrochen. Zugang von Drahtarbeitern aller Branchen ist fernzuhalten.

Menden. Bei der Firma Schmüle u. Co. haben die Feller die Kündigung eingereicht. Zugang von Feilern und Wirlern ist streng fernzuhalten.

Dortmund. Der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberbundes, Mariengasse 1, ist für sämtliche Berufe gesperrt. Veranlassung zur Sperre bildet der Umstand, daß mittels eines Rundschreibens an die Bürgermeister und Ortsvorsteher in verschiedenen Gegenden Deutschlands das Ersuchen gestellt wurde, Arbeiter nach Dortmund zu schicken, um die ortsanfälligen Arbeiter gefügig zu machen.

Dortmund-Annen. Die Arbeiter des Stodumer Stahlwerks haben wegen Akkord Differenzen und Maßregelung mehrerer Kollegen die Kündigung eingereicht.

Dortmund-Witten. Ueber die Wittener Stahlformgießerei ist wegen Lohn Differenzen die Sperre verhängt.

Gevelsberg. Bei der Gevelsberger Herd- und Ofenfabrik stehen die Emailierer, Brenner und Aufsträger wegen Lohnforderungen und Mißständen in Kündigung. Zugang von Emailierern, Breunern und Aufsträgern ist fernzuhalten.

Siegen. Die Siegener Stahlröhrenwerke G. m. b. H. in Weidenau sind infolge erheblicher Akkordreduzierungen für die Arbeiter aller Berufe gesperrt.

Siegen. Ueber die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Verzinkerlei ist die Sperre verhängt. Die Werksleitung hat trotz langjähriger glänzender Geschäftsabläufe den Antrag auf Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit abgelehnt. Die von der Arbeitererschaft des Werkes fast vollständig unterzeichnete Eingabe wurde von der Direktion noch nicht einmal einer Antwort gewürdigt.

Berlin. Die hiesigen Baukempner stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 21. Mai 1911 der einundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 27. Mai 1911 fällig.

Die Ortsverwaltung Menden erhält die Genehmigung zur Erhöhung des Lokalbeitrages von 10 Pfg. auf 20 Pfg. pro Woche auf die vorläufige Dauer von 3 Monaten. Die Verwaltungsstelle Obereschildt erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 10 Pfg. Die Nichtbezahlung dieser Beiträge hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Adressen.

Verwaltungsstelle Köln. Ab 14. Mai lautet unsere Telefon-Nummer: A. 6575. Wir bitten die Kollegen dieses beachten zu wollen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Arsfeld. (Die die Genossen Arbeiterinteressen vertreten!) „Tatigkeitsprechung“ lautete das Thema zu einer öffentlichen Versammlung der Klempner und Installateure, welche am 2. Mai, abends, vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband einberufen worden war. Das Referat des sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten Kufwald wimmelte von wilden Ausbrüchen des Klassenkampfes gegen das ausbreitende Unternehmertum, dem das Meißer an den Hals gesetzt werden müsse usw. — An der Besprechung beteiligten sich Schlosser, Dachdecker und Angehörige anderer Berufe. Wie man es von sozialdemokratischen Agitatoren gewohnt ist, fehlte es nicht an verletzenden Belegausführungen der christlichen Gewerkschaften, insbesondere des christlichen Metallarbeiterverbandes. Die Interessenvertretung der Arbeiter will der sozialdemokratische Verband allein in Anspruch genommen haben. Dabei verhöhnt man wohlweislich das die Arbeiter schädigende Wirken des genannten Verbandes in Hirschheim, beim Kallan, in Eilenburg, Berlin, bei der Union Dortmund usw.

Wies Vorgänge aus allerjüngster Zeit. Das Anrecht, sich als eine Arbeiterorganisation zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter herzustellen, hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband längst eingebüßt. — In der gestrigen Versammlung wurden dann im weiteren zeitlich mechanisch die Tarifparagrafen zur Abstimmung gebracht. Jede Aenderung wurde diktorisch abgelehnt. So blüht und regiert der Metallarbeiterverband, der doch nur einen Teil der Berufszugehörigen hier in Kreis umfaßt. — Für die wahre Interessenvertretung der Klempner und Installateure kann nicht der sozialdemokratische Verband, sondern nur der christliche Metallarbeiterverband in Frage kommen. Pflicht eines jeden Metallarbeiters, der noch abseits der Organisation steht, ist es, sich dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen.

Schrauberg. (Vorhölzer als Kulturträger.) In einer auf den 27. April von den vereinigten sozialdemokratischen Gewerkschaften einberufenen Volksversammlung sprach Bezirksleiter Vorhölzer vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband über Kulturaufgaben der Gewerkschaften und Entrechtung der deutschen Arbeitererschaft, sowie über die noch in der Schwere hängende Reichsversicherungssordnung, über sollte vielmehr angeklagt über dieses Thema sprechen. Vorhölzer blieb aber durchaus nicht im Rahmen seines angelegentlichsten Referates, sondern zog rund zwei Stunden über Christentum und Geistesfreiheit, insbesondere über die christlichen Gewerkschaften und deren Führer los. Was die Entrechtung und neue Versicherungsreform der deutschen Arbeiter anbetrifft, so bilden den Hauptschmerz der Genossen die veränderte Form der Wahl der Ortskrankenkassenvorstände und die Aufstellung von Kassenebeamten. Im allgemeinen bezeichnete Vorhölzer den neuen Arbeiterversicherungsentwurf als Schandgesetz, das nur Verschlechterungen aber keine Verbesserungen bringt. Wir verstehen, wo diesen Herren der Schuh brüht.

Ueber die selben schmerzhaften Punkte ging man mit einigen allgemeinen Ausdrücken hinweg und nannte die Kommissionsberatungen „verbrecherischer Vorgang“. Der bestehende Reichstag wurde als Spottreichstag tituliert. Wo bleibt nun die Kulturarbeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften? Herr Vorhölzer kann ja nicht über Bildung und Kultur reden, da ihm selbst jede Vorbildung dazu fehlt. Wir stellen fest, daß ein Mann, der in Versammlungen, wie in der schon erwähnten, Kraftausdrücke gebraucht, wie „christliche Verbrecheragitatoren“, „gewissenlose Arbeiterführer“, „elende Kreaturen“, „Burschen“ — mit Teufel und Pfaffen wurde nur so unklar gemacht — nicht mehr ernst zu nehmen ist. Sollten dies die Kulturbestrebungen sein, so wollen wir die 200 Genossen, die anwesend waren, darum nicht beneiden. Die vernünftig denkende Arbeitererschaft hat es vorgezogen, die Versammlung nicht zu besuchen, da Vorhölzer ihr noch zur Genüge in Erinnerung ist. Wer mit gesundem Menschenverstand den Ausführenden gefolgt, mußte unbedrängt in Zweifel geraten, ob der Mann noch bei Sinnen sei. Es würden ihm daher Gebotet sehr zugute kommen.

Christliche Arbeiter! In einer Organisation, wo sich von einer solchen Art „Bildung“, „Sitte“, „Kultur“ tiefenbe Führer breit machen, kann euer Platz nicht sein. Darum hinein in die christlichen Verbände, denn nur dadurch ist es möglich, solchen Leuten die richtige Antwort zu geben.

Aus dem Saarrevier. Eine öffentliche Versammlung für die Grubenhandwerker und -Maschinisten von Fischbach und Umgebung fand Sonntag den 31. April im Lokale des Herrn V. Gapp dortselbst statt. Auch eine stattliche Anzahl auswärtiger Kollegen hatte sich zu dieser Versammlung eingefunden. Als erster Redner sprach Kamerad Otto Pich aus Fischbach über die Bedeutung der Grubenhandwerker und -Maschinisten im Saarbergbau und in der Arbeiterbewegung. In treffenden Worten verstand es der Redner, den Anwesenden klar zu legen, welche Bedeutung der Arbeiterstand habe; den einzelnen Arbeiter könne man beiseite schieben, nicht aber einen Stand, der geschlossen im wirtschaftlichen Leben auftritt. Er schilderte dann die Gefahr, die durch die Monopolisierung der Tarife durch die sogenannten „freien“ Gewerkschaften für alle nicht sozialdemokratischen Arbeiter bestehe. Die Parole „rot oder kein Brot“ habe schon greifbare Formen angenommen. Daß die freien Gewerkschaften die Hausknechte der sozialdemokratischen Partei sind, könne man Tag für Tag erleben. Deshalb sei es Pflicht aller nichtsozialdemokratischen Arbeiter, der Organisation sich anzuschließen, die ohne Nebenabsichten die Hebung des Arbeiterstandes als ihre Hauptaufgabe betrachte, dies seien einzig und allein die christlichen Gewerkschaften. Weiter Weißall folgte den trefflichen Ausführungen. Zum zweiten Thema: „Rentabilität des Saarbbergbaues und die berechtigten Forderungen der Grubenhandwerker und -Maschinisten“ sprach Kamerad Kettenhofen. Er führte etwa folgendes aus: Ueber dieses Thema ist in letzter Zeit viel gesprochen und geschrieben und manches Wertvolle zutage gefördert worden. Früher hätte man den Arbeitern vielmehr die Schuld zugeschoben betreffs der schlechten Rentabilität der Saargebiete. Dieses ist jedoch einwandfrei durch die christlichen Organisationen entkräftigt worden. Man habe aber die Bewilligung der Forderungen abgelehnt mit dem Hinweis auf die schlechte Rentabilität des Saarbbergbaues. Anerkannt habe man die Forderungen der Arbeiter, wenigstens haben die Abgeordneten aller bürgerlichen Parteien für dieselben gesprochen. Damit habe man den Arbeitern einen Dienst erwiesen und der Regierung den Weg erleichtert, etwas für die Arbeiter zu tun. Es verge nicht im Interesse der Arbeiter, wenn ihre Führer jetzt trotzdem auf einzelnen Parteien herumhacken wollten. Troppdem die Forderungen der Arbeiter an der Saar, auch die der Werkstättenarbeiter und -Maschinisten, als sehr berechtigte allgemein anerkannt sind, ist für uns aber kein Grund vorhanden, uns einzulassen zu lassen. Bauen wir daher unsere Organisation aus und ruhen wir nicht eher, bis auch der letzte Arbeiter den Weg zur Organisation gefunden hat, dann können wir getrost in die Zukunft sehen. Auch diese Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Es sprachen dann noch verschiedene Kameraden, welche ebenfalls zum Ausbau der Organisation aufforderten. Es wurde dann eine Resolution einstimmig angenommen, in der die ablehnende Haltung des Ministeriums oebauert und zur Stärkung der Organisation aufgefordert wird.

Kempen. Bittere Erfahrungen machen oftmals diejenigen, welche die Beiträge für den Verband sparen wollen. In der letzten Gruppe waren auch so einige „ganz weiße“. Nichts als eine übermäßige Portion Pessimismus gegenüber dem Verbande ausgerichtet, wußten auch noch andere für ihre eigenartige Weisheit zu gewinnen. Doch die Neue folgt bekanntlich erst nach der Tat. Wer will dann aber auch im Sommer, mitten in der Zeit des „überall Arbeiterkriegs“, dem Verbands angehören? — so dachten die ganz Schönen und „Parten“. Doch mit des Geschicks Wächten ist aber

sein eigener Bund zu flechten. Das erlebten die Arbeiter des chemischen Werkes E. Brandenburg und Weiland. In dieser Fabrik wurden ein Duzend Arbeiter gekündigt, die zum Teil schon sehr lange, bis zu 8 und 10 Jahren, dort in Stellung waren. In der Zeitung sucht die Firma aber, "bis 20 junge, kräftige Arbeiter gegen hohen Lohn für dauernde, höchst gesunde Arbeit." Da wollte sie also offenbar ihren Betrieb einmal verjüngen. Die alten treuen Arbeiter mußten jetzt einfach auf solche Art und Weise mit sich spielen lassen. Neuerdings wurden sogar einige wieder gefragt, ob sie bleiben wollten. Vielleicht hatten sich nicht genug "junge kräftige Arbeiter gegen hohen Lohn für höchst gesunde Arbeit" eingefunden. Die Rückanwendung aus dieser Sache sollten sich aber alle Arbeiter merken und nicht mehr so leichtfertig den Beitritt zum Verbands ablehnen. Auch die hiesigen Arbeiter mögen daraus lernen, daß der Arbeiter die gewerkschaftliche Organisations zur Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen notwendig braucht.

Mühlhausen i. Gl. (Druckfehlerberichtigung.) In unserm Bericht in Nr. 18 ist bei der Wiedergabe der Zugeständnisse der Firma Schulz ein Druckfehler unterlaufen. Es soll dort unter Punkt 1 heißen: „Festsetzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden“.

Köln-Rath-Genmar. Unsere am 30. April stattgefundene Generalversammlung hatte sich eines zufriedenstellenden Verlaufes zu erfreuen. Nach einigen einleitenden Worten des Kollegen Hiltens-Köln, welche einem Mißverständnis bezügl. der Sektion Rath-Genmar galten, wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: Esier, 1. Vorsitzender, Müller, Kassierer, Hafenberg, Schriftführer. Kollege Breidenbach wurde als Vertrauensmann gewählt. In seinem Vortrage beleuchtete Kollege Hiltens die Aufgaben des Vorstandes und der Vertrauensmänner und wies auf die Pflicht aller Kollegen zur regen Mitarbeit hin. Nicht Personen, sondern der Allgemeinheit und einer großen Sache ist unsere Arbeit gewidmet. Charakter und ehrlicher Wille, gepaart mit Standesbewußtsein, werden auch hier den Grund und Boden für die Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes abgeben.

Hagen. Zu einem wichtigen Protest gegen die sozialdemokratische Kampfesweise gestaltete sich die am 12. d. M. vom christlichen Metallarbeiterverbande einberufene öffentliche Metallarbeiterversammlung. Die Tagesordnung lautete: „Wie der rote „Rümpel“ vom Deutschen Metallarbeiterverband versucht, die Arbeiter zu blinzieren!“ Öffentlich wurde dieses Thema die ganze Arbeitererschaft, besonders auch die Genossen, auf die Beine gebracht. Präzise 1/7 Uhr wurde die im Kaiseraal tagende Versammlung eröffnet, der ganze Saal war bereits besetzt. Auf die per Einschreibebrief von Seiten der Einberufer an den Genossen Ernst gerichtete Einladung konnte dieser schließlich nicht anders, er mußte erscheinen. Doch damit war nicht gesagt, daß Ernst, der in Flugblättern, soweit es auf die Verleumdung des Gegners ankommt, das Menschenmöglichste leistet, auch öffentlich den Mut finden würde, mit dem Gegner die Waffen zu kreuzen. Schon vor der Versammlung war mitgeteilt worden, daß die Genossen instruiert worden seien, unter allen Umständen dieselbe zu sprengen. Der Versammlungsleiter Kollege Föcher-Gevelsberg suchte das Vorhaben der Genossen zu durchkreuzen, indem er einleitend darauf hinwies, daß eine ruhige und sachliche Diskussion nur im Interesse beider Parteien liege. Eine Geschäftsordnungsdebatte, welche regelmäßig von sozialdemokratischer Seite beliebt wird, wenn es gilt, Versammlungen zu sprengen, wurde darum nicht gestattet. Umso weniger war dieses notwendig, als Genosse Ernst, auf den die Tagesordnung Bezug nahm, dieselbe Redezeit haben sollte, wie der Redner der christlichen Organisation.

Ohne sich nun an parlamentarischen Anstand und gute Sitte zu kehren, sprach Genosse Ernst nach den Eröffnungen durch den Vorsitzenden auf einen Stuhl, um das Kommando zu einem wilden Tumult durch die Genossen zu geben. Einer wiederholten Aufforderung, das Orakel zu verlassen, kam Ernst nicht nach. Da man aber ein sah, daß die christlichen Arbeiter nicht zu provozieren waren, forderte Ernst unter lautem Hallo zum Verlassen des Saales auf. Circa 200 Genossen zogen nun mit Ernst zur „Tonhalle“ um hier, unter sich, die Christlichen zu beschimpfen. Bezeichnenderweise war die „Tonhalle“ schon nachmittags bestellt, ein Beweis dafür, daß man mit der offensichtlichen Absicht zu der christlichen Versammlung gekommen war, diese zu vereiteln.

Der Festsaal war nach Abzug der Genossen wieder schnell gefüllt; in Scharen kamen die christlichen Arbeiter von den verschiedensten Werken, so daß um 7 Uhr der Saal bereits überfüllt war. Unter größter Ruhe und Aufmerksamkeit der Zuhörer konnte nun der Referent mit seinem Vortrag beginnen. Kollege Meß führte u. a. folgendes aus: Das bubenhafte Betragen des ersten Bevollmächtigten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in der heutigen Versammlung sei ein Beweis dafür, daß die Genossen die Wahrheit fürchten. Die Ursache der wüsten Hehe, wie sie seit Wochen von den Sozialdemokraten betrieben worden, liegt vor allen Dingen darin, daß der christliche Metallarbeiterverband innerlich der letzten Monate im Bezirk Hagen-Schwelm seine Mitgliederzahl in einer höchst erfreulichen Weise gesteigert habe. Während am 1. Oktober 1908 die Ortsgruppe Hagen erst 139 Mitglieder zählte, sei sie heute auf 1200 gestiegen. Der sozialdemokratische Verband zählte am 1. Oktober 1908 in Hagen bereits 2350 Mitglieder. Bis zum 1. Juli 1910 sei die Zahl auf 1715 gefallen. Während der christliche Verband in derselben Zeit 436 Mitglieder mehr zählte, betrug der Verlust bei den Genossen nicht weniger wie 635. Das Verhältnis war damals so, daß auf 17 rot organisierte Arbeiter erst ein christlicher kam, heute hingegen entfallen auf 3 Genossen bereits ein christlicher Metallarbeiter. Gerade dieses Wachstum hat den Haß der Genossen gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung aufs Höchste gesteigert. Nichts haben die Drahtzieher der „freien“ Gewerkschaften unversucht gelassen, um die Stellung der christlichen Organisationen zu erschüttern. Aber die Folge ist gewesen, daß die christlichen Arbeiter sich nur noch enger zusammengeschlossen haben.

Was nun die gemeine Bekämpfung anbelangt, so habe ohne Zweifel der Nachfolger des Herrn Donath, Genosse Ernst vom sozialdemokratischen Verband, den Vogel abgeschossen. Dieser operierte nach dem Grundsatz: „mögeln wie die Teufel, schwindeln aus Prinzip!“ Das Wohl der Arbeiter müsse die Genossen herzlich gleichgültig sein, denn anders kann man sein traures Benehmen als „Arbeiterführer“ nicht verstehen. In der Hand eines reichhaltigen Beweismaterials

ausschließlich aus dem Genossenlager flamme, wies Meß nach, daß man dort wirklich in einer verlogenen Weise kämpft. Man kann wohl sagen, noch nie wurde das erbärmliche Treiben eines sozialdemokratischen Arbeiterführers so bloß gelegt, wie in dieser Versammlung. Die Flucht des Genossen Ernst aus der Versammlung war daher wohl zu verstehen, er befürchtete eben, daß auch der ehrlichen Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes die Augen geöffnet würden über das frivole Spiel ihres ersten Bevollmächtigten. Der Referent ging dann noch des Näheren auf das vom Genossen Ernst unterzeichnete Flugblatt ein, welches Ernst mit seinem Wahlspruch überschrieben habe: „Lüge wie die Teufel, schwinde aus Prinzip.“ Meß konnte auch hier nachweisen, daß das ganze Flugblatt aus Lügen und Verleumdungen zusammengesetzt sei. Unter Zustimmung der Versammlung wies der Redner nach, daß das Verhalten des christlichen Metallarbeiterverbandes bei der Firma Eiden vollständig korrekt gewesen sei. Nur dem gewissenlosen Treiben Ernsts wäre es zuzuschreiben, daß dort die Einigkeit unter den Arbeitern gestört wurde, gerade in dem Augenblicke, wo die Einigkeit dringender notwendig war. Der Zweck der roten Treibereien bei Eiden u. Co. sei nur gewesen, für die politische Sozialdemokratie Geschäfte zu machen. Freilich genug habe dieses die christliche Arbeiterschaft durchschaut. Unter klümlicher Heiterkeit der Anwesenden wies Meß Johann nach, auf welche originelle Art Ernst verfuhr, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. Die Westf. Volkszeitung habe unläufig geschrieben, der sozialdemokratische Metallarbeiterverband habe von den Großen der Arbeiter 100 M. der sozialdem. Partei überwiesen. Anstatt nun hübsch zu schwätzen, habe Ernst der Zeitung eine Berichtigung gesandt, in welcher er die angeführte Tatsache schlangenscharf abstritt. Der Genosse mußte sich damals aber überführen lassen, denn der eigene Geschäftsbericht des sozialdem. Verbandes teilte mit, daß 100 M. wirklich der Partei gezahlt waren. Genosse Ernst ahnte eben nicht, daß auch die Gegner seine Berichte zur Verfügung hatten. Wie Genosse Ernst seine Mitglieder einschätze, beweise die Verteilung von Bestelzetteln für die „Freie Presse“ vor wenigen Wochen. Anstatt ehrlicher Weise zu sagen, was er wollte, nämlich „Parteirechte“ heranzubringen, habe er auf dem Bestelzettel bemerkt, es handle sich um die Aufstellung einer Statistik darüber, welche Presse die Mitglieder abonniert hätten. Auf den betr. Zettel wurde aber gesagt: „Dieser Bestelzettel (b. h. für das Genossenorgan, die „Freie Presse“) muß unbedingt an den Unterlassener Zweckes Feststellung einer Statistik zurückgegeben werden. Die Ortsverwaltung.“ Sodann verlas Meß ein Zirkular der roten Ortsverwaltung an die Vertrauensmänner, betitelt „Material gegen den christlichen Metallarbeiterverband“, und gegen den „S. D. Selververein“. Mit Recht konnte der Referent betonen, daß man es den sozialdemokratischen Vertrauensmännern nicht verübeln könnte, wenn sie manchmal „polgetwidrigen“ Unsinn verappten, denn nach dem Genuß solch geistiger Kost, wie sie in dem erwähnten Zirkular enthalten, sei alles zu verstehen. Nachdem der Redner noch darauf hingewiesen, soweit Ernst sich nicht geschämt habe, in seinem Flugblatt die Ehre von anständigen Arbeitern zu beschmutzen, werde sich derselbe an Gerichtsstelle zu verantworten haben, schloß er seinen 1/4stündigen Vortrag mit einem begeisterten Appell zur Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes. Der folgende Beifallssturm der Anwesenden bewies, wie sehr der Redner den Arbeitern aus dem Herzen gesprochen hatte.

In der folgenden Diskussion sprach zunächst „Genosse“ E. der sein unjünges Verstehe damit entschuldigend, er habe keine Notizen gemacht. Nachdem kamen noch mehrere christliche Arbeiter zu Wort, welche in treffender Weise die Ausführungen des Referenten ergänzten. Gegen 9 Uhr hatte die Versammlung ihr Ende erreicht. Der Referent, Kollege Föcher, erwähnte in seinem Schlusswort zu treuem Zusammenhalten. Immer mehr und mehr müsse es den Genossen zum Bewußtsein gebracht werden: „Ohne die christlichen Arbeiter wird nichts gemacht, gegen sie ganz sicher nichts!“ Die anwesenden sozialdemokratischen Arbeiter erwiderte Föcher, aus der Versammlung ebenfalls die nötigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Zum mindesten müßten auch sie dahin wirken, daß die „Genossenführer“ endlich wahre Arbeiterpolitik betrieben und nicht wie bisher die Herbspaltung der Arbeiterschaft als ihre vornehmste Aufgabe betrachteten. Die Versammlung habe gezeigt, wie innerlich erstarkt der christliche Metallarbeiterverband in Hagen-Schwelm bestehe; Aufgabe aller Arbeiter sei es nun, soweit sie eine eheliche Vertretung ihrer Interessen wollen, mit erneuter Kraft und Begeisterung für den weiteren Ausbau des christlichen Metallarbeiterverbandes zu wirken. Nachdem die folgende Resolution unter Zustimmung einer ganzen Anzahl sozialdemokratischer Arbeiter angenommen war, wurde die Versammlung mit einem brausenenden Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband geschlossen.

Resolution

Die am 12. Mai im Kaiseraal tagende, überaus stark besuchte, öffentliche Metallarbeiterversammlung, beurteilt auf das Entschiedenste das Verhalten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bezügl. des Genossen Ernst. Letzterer hat durch sein bisheriges Benehmen bewiesen, daß ihm die Einigkeit der Arbeiter vollständig gleichgültig ist. In der heutigen Versammlung hat er durch sein unparlamentarisches Betragen, durch seine Flucht aus der Versammlung gezeigt, daß er nicht den Mut hat, die Lügen und Verleumdungen, welche er durch sein Flugblatt: „Sie lügen wie die Teufel etc.“ gegen den christlichen Verband erhoben hat, auch vor dem Forum der Öffentlichkeit zu vertreten. Die Versammlung erklärt, daß es auf das höchste Betragen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes-Brannten Ernst nur eine Antwort geben kann: Nachhaltige Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes. In diesem Sinne verpflichten die Versammelten tätig zu sein.

Diskussion b. Zabrze D.-S. Eine heillose Angst scheinen verschiedene Leute vor den christlichen Gewerkschaften zu haben. Das zeigte sich in der am 25. April hier selbst von uns in Gemeinschaft mit dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter abgehaltenen öffentlichen Versammlung. In dieser Versammlung sprachen die Kollegen Czora und Kowalek in Deutscher und polnischer Sprache über die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der ober-schlesischen Arbeiter. Daß die Redner das Richtige getroffen, bewiesen die Beifallsstimmungen der anwesenden Arbeiter. Letztere aber schienen uns besonders einigen anwesenden S.-D.-Gewerksvereins und den Agitatoren der polnischen Berufsvereinigung schwer auf die Nerven gefallen zu sein. Der erste S.-D.-Diskussionsredner fand zwar nichts an den Referaten auszusprechen, im Gegenteil, die Ausführungen der Referenten hatten ihn so angetan, daß er das in den Referaten Gesagte wiederholte. Zum Schluß aber meinte er: „die Bekämpfung muß eine wirtschaftliche

sein!“ Der zweite Diskussionsredner, ebenfalls Anhänger der wirtschaftlichen S.-D.-Bekämpfung, kämpfte mit seinem blühigen Unterstüßungsredner und dann — und noch einigemal — stochte seiner Rede Fluß; er ließ dann die Rede aus dem Saal und glaubte den Versammlungsteilnehmern mit der Erklärung zu imponieren: „Es kommen noch zwei von den Polen und die werden auch noch ihr Teil sagen.“ Dann kamen wieder die Unterstüßungen an die Reihe. Warum aber die S.-D. in den 42 Jahren ihrer Wirksamkeit mit ihren Unterstüßungen die ober-schlesischen Zustände noch nicht gebessert haben, warum sie, nachdem sie einmal mit Ach und Krach und Unterstüßungsredner 120 000 Mitglieder gezählt, sich seitdem wieder rückwärts „entwickelt“ haben, verschweig der Mann wohlweislich. Noch jüngst erst hörten wir in Gleiwitz von einem S.-D. Vertrauensmann über die S.-D. Unterstüßungen etwas wesentlich anderes, auch da hatte nun große Unterstüßungen versprochen, als es aber ernst wurde, hatte „man“ sich eben „versprochen“ — und im Statut stand's anders drinn. Daß aber die christlichen Gewerkschaften gar schon über 820 000 Mitglieder zählen sollten, konnte der Mann ganz und gar nicht kapieren. Nun, er mag daraus ersehen, daß eine gesunde Arbeiterbewegung sich durchzusetzen vermag — und die Konsequenzen ziehen. Aber aller guten Dinge sind drei — und ein dritter S.-D. meißelte sich nun, um die Christen vollends tot zu rufen. Na, der Geist war vielleicht willens, aber im Mund saßen die Zähne und deren Begege entströmte just gerade das, was er nicht sagen wollte. Selbst seiner eigenen Kumpels schien das Verstehe nicht zu behagen und sie verursachten deshalb ein solches Geräusch, daß das blamable Verstehe des Armen nur ja kein unbedenkliches Ohr erreichte.

Die polnischen Diskussionsredner kamen nun endlich auch zu Worte. Diese Herren stachen vor den vorherigen Diskussionsrednern, nicht zu ihrem Vorteil, durch einen reichhaltigen Aufwand von Eiden und Versächtigungen ab. Und der „Beamte“ Naruga schien sogar in der Angst vor den „Christlichen“ jede Ueberlegung verloren zu haben und appellierte an die besten aller niedrigen Instanzen. Dieser „Beamte“ der polnischen Berufsvereinigung glaubte seine Sache dadurch zu retten, daß er den christlichen Gewerkschaftsbeamten vorwarf, sie lebten von dem sauer verdienten Gelde der Arbeiter. Solches Unheil kann die Angst nur in den Köpfen der Leute anrichten, die selbst einsehen, daß sie sich auf einem verlorenen Posten befinden. Während des Schlusswortes gebärdete sich dieser Herr dann wie ein Wilder und suchte die so brohend mit seinem Stod in der unschuldigen Luft herum, daß der überwachende Polizeibeamte ihn auffordern mußte, die „Waffe“ wegzulegen. Dergleichen Purzelbäume sind bei den Beamten der Berufsvereinigung leider gar nicht selten. Einer von ihnen scheute sich während des Streiks auf der Donnerstagsgrube in Chwałowiz sogar nicht, die Geistlichkeit und eine gewisse Einrichtung seiner Kirche zu verächtigen. Aber trotz — oder wegen — dieser verwerflichen Mittel in der Agitation, will's nicht mehr vorwärts gehen. Die ober-schlesischen Arbeiter kommen eben zur Einsicht, daß ihnen mit der Hebe der Berufsvereinigung nicht gedient ist. Die Erfahrung zeigt uns, daß sie sich den christlichen Gewerkschaften anschließen, wenn sie das Programm derselben kennen gelernt haben.

Göppingen. Keine Trübsal sozialdemokratischer Erziehung bekam der Flaschner Göß, Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes, bei der Firma Bellino u. Co., Emaille- und Stanzwerk in Göppingen, zu Fohren. Am Morgen des 12. Mai bespötkelten die dortigen Genossen das Freitags-Nachmittagsgebote der Katholiken. Der Flaschner Hag nannte den christlich organisierten Göß einen fauben men Kerl, worauf ihm der Erstgenannte die Antwort nicht schuldig blieb. Hag verjeste nun Göß eine Schelle und jagte, als sich Göß gegen diese tätliche Beleidigung wehrte, mit einem Maschinenschlüssel auf denselben ein. Als sich Göß später an eine Postpresse setzte, begann Hag den Göß zu würgen. Schlimmeres wurde dann nur durch das Dazwischentreten des Chefs sowie eines Vorarbeiters verhindert. Die Sache wird auf gerichtlichem Weg ihre Erledigung finden. Die Genossen können stolz sein auf solche Erfolge ihrer Erziehung.

Soziales.

Der zweite deutsche Wohnungskongress.

Durch die ungemain rasche Vermehrung unserer Bevölkerung auf 65 Millionen Einwohner und durch den immer stärkeren Uebergang unserer Nation vom Agrar- zum Handels- und Industrievolk ist die Wohnungs- und Anstaltungsfrage zu einer der wichtigsten Fragen unseres Volkslebens emporgewachsen. Die bisher erfolgten Maßnahmen zur Bekämpfung der Uebelstände haben sich gegenüber der ungeheuren Größe der Aufgabe als nicht ausreichend erwiesen. Es gilt daher, die Arbeit der Wohnungs- und Anstaltungsreform immer aufs neue zu beleben und zu kräftigen, sie durch Vermittlung der neuen Forschungen und Erfahrungen, durch Bekanntmachung neuer Wege zu fördern und die allgemeine Aufmerksamkeit und Stimmung für sie zu gewinnen. Diese Aufgabe haben sich die deutschen Wohnungskongresse gestellt. Der erste deutsche Wohnungskongress fand im Herbst 1904 in Frankfurt a. M. statt; der zweite deutsche Wohnungskongress soll vom 11. bis 14. Juni d. J. in Leipzig (Zentraltheaterstraße) abgehalten werden. Der Kongress, der von den hervortragendsten der Wohnungsfrage sich widmenden Organisationen veranstaltet wird, hat für den ersten Tag — 11. Juni — einen Begrüßungsabend vorgesehen, während für die Verhandlungen die zwei folgenden Tage festgesetzt sind. Staatssekretär a. D. Graf Posadowski-Wegner hat die Eröffnungsansprache übernommen. Als Hauptberatungsgegenstände sind in Aussicht genommen: für den ersten Tag „Wohnfrage und Bodenpolitik in großen und kleinen Orten“ („Unsere öffentlichen Körperschaften als Behörden in der Wohnfrage“ und „Unsere öffentlichen Körperschaften als Terrainunternehmer in der Wohnfrage“); für den zweiten Tag „Die Finanzierung unserer Bauaktivität in großen und kleinen Orten, ihre Mängel und ihre Reform“ („Einleitender Hauptvortrag mit besonderer Berücksichtigung der Beschaffung der II. Hypothek“ und „Die Bedeutung des Erbbaurechtes und wirtschaftlich verwandter Formen gebundenen Grundbesitzes“). Am 13. Juni abends findet eine öffentliche Versammlung mit drei Vorträgen über „Wohnungsfrage und Staat“, „Wohnungsfrage und die Frauen“ und „Wohnungsfrage und Industrie“ statt. Der 14. Juni ist für Ausflüge und Besichtigungen gemeinnütziger Wohnungsanlagen Leipzigs bestimmt. An den Kongress schließt sich voraussichtlich am 15. Juni ein gemeinsamer Besuch der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden. Die Kongresskarte kostet 10 M. Anmeldungen nimmt der Deutsche Verein für Wohnungsreform in Frankfurt a. M., Hochstraße 23, entgegen.

Steuerreklamationen.

Die Steuerbehörden sind schon eifrig mit den Einschätzungen zur Einkommensteuer beschäftigt. Nur noch wenige Tage werden vergehen, bis die Einschätzungen den Steuerzahlern zugehen.

Um dem Steuerzahler die Anfertigung einwandfreier Einkünfte, Verurteilungen und sonstiger Eingaben in Steuerfachen zu ermöglichen, ist dem Büchlein eine Formularsammlung beigelegt.

* Das Preussische Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891, seine wichtigsten Bestimmungen für Arbeiter, Angestellte und Hauseigentümer unter Berücksichtigung der Novellen vom 19. Juni 1906 und 26. Mai 1909.

Die Hauptergebnisse der Krankenversicherung im Jahre 1909.

Das erste Jahreshesft zur Statistik des deutschen Reichs 1911 bringt die Ergebnisse der Krankenversicherung von 1905 bis 1909. Danach gab es 1909 8254 Gemeindekrankenstellen mit 1 625 542 Mitgliedern; 4775 Ortskrankenstellen mit 6 504 585 Mitgliedern; 45 Baukrankenstellen mit 19 188 Mitgliedern.

Von den Krankheitskosten kamen auf ärztliche Behandlung bei den Ortsklassen 34,3 Mill. M.; Betriebsklassen 24,3 Mill. M.; Gemeindeklassen 6,4 Mill. M.; Eingeschriebene Hilfsklassen 4,3 Mill. M.; Junungsklassen 1,4 Mill. M. für Arznei und sonstige Heilmittel, sodann Krankengeld gaben aus bis

Table with 3 columns: Krankengeld, Arznei, Mill. M. Rows include Ortsklassen, Betriebsklassen, Gemeindeklassen, Junungsklassen, Bauklassen, Eingesch. Hilfsklassen.

Für Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung, Anstalts-berpflegung und Sterbegelder wurden aufgewendet in Mill. M.:

Table with 3 columns: Wöchnerinnen, Anstaltsberpflegung, Sterbegeld. Rows include Ortsklassen, Betriebsklassen, Gemeindeklassen, Junungsklassen, Bauklassen, Eingesch. Hilfsklassen.

Auf ein Mitglied kommen durchschnittlich Krankheitskosten bei den

Table with 2 columns: Krankheitskosten, Mad. Rows include Ortsklassen, Betriebsklassen, Gemeindeklassen, Junungsklassen, Bauklassen, Eingesch. Hilfsklassen.

Die Kosten der ärztlichen Behandlung schwanken zwischen 4 Mark (Gemeindeklassen) und 7,95 Mark (Betriebsklassen) durchschnittlich pro Kopf.

Sterbetafel.

- Gelsenkirchen. Am 28. April starb unser Kollege Peter Deams im Alter von 19 Jahren an Lungenentzündung.
Dortmund. Am 2. Mai starb unser Kollege Helmut Dett, Bohrer, im Alter von 54 Jahren an Lungenentzündung.
Dortmund. Am 6. Mai ist unser Kollege Konrad Port, auf dem Eisenwerk „Union“ im Alter von 44 Jahren tödlich verunfallt.
Köln-Chrensfeld. Am 6. Mai verchied unser treuer Kollege Hermann Ropp im Alter von 47 Jahren infolge eines Nervenleidens.
Köln-Kalk. Am 11. Mai starb unser treuer Kollege Ludwig Bachhausen, Former, im Alter von 53 Jahren an Lungenleiden.

Ehretrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
Beitrag Offenbach-Frankfurt. Sonntag, den 21. Mai, vorm. 10 Uhr findet unter diesjährige Bezirkskonferenz statt.
Köln. Sonntag, den 20. Mai, abends 8 1/2 Uhr öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.
Dortmund. Sonntag, den 21. Mai, vorm. 11 Uhr Versammlung im Lokal „Zur Krone“.

Langendreer-Werne. Sonntag, den 28. Mai, vorm. 11 1/2 Uhr Versammlung bei Fabrikus in Werne.
Landenberg a. Rh. Reise-Unterstützung wird ausbezahlt von 12-1 und von 7-8 Uhr bei Gröner h. Friedhofe.
Menden-Hölsen. Sonntag, den 21. Mai, vorm. 1/11 Uhr Generalversammlung bei Rathhoff.
Mülheim-Styrum. Sonntag, den 21. Mai, vorm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag im Lokale Johann Beck, Mülheimerstraße.

Am Donnerstag, den 25. Mai (Christi-Himmelfahrt), nachmittags 2 Uhr, findet in Cleve, im Saale des Herrn Jakob Pauls, großer Markt, die 2. Zahlstellen-Konferenz der christlichen Gewerkschaften des Niederrheins statt.
Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand der Bewegung am Niederrhein. 2. Der Kampf um die Weltanschauung im Wirtschaftsleben. 3. Konf. Arbeiter-, Gesellen- und Jünglingsvereine und christliche Gewerkschaften.

Im Namen des Königs! In der Privatklagefache der Geschäftsführer des „Christlichen Metallarbeiterverbandes“ gegen den Geschäftsführer des „Deutschen Metallarbeiterverbandes“, Thomas Kolb in Schwemmingen a. N., D.-M. Kottweil, Angeklagten, wegen Verleumdung, hat das Rgl. Schöffengericht in Kottweil in der Sitzung vom 4. April 1911, an welcher teilgenommen haben: Amtsrichter Kern, als Vorsitzender; Lampert Kehl, Pfalzner in Schwemmingen a. N., als Schöffen; Hilfsgerichtsreiber Schaal als Gerichtsschreiber, für Recht erkannt: Der Angeklagte wird wegen Verleumdung durch die Presse zu der Geldstrafe von fünf und zwanzig Mark und zur Tragung der Kosten des Verfahrens; ferner zum Ersatz der den Privatklägern erwachsenen notwendigen Auslagen verurteilt.